

## L-01 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Ramona Pop (KV Mitte), Stefan Tidow (KV Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag L-01 zum Thema Zero-Waste-Stadt

1 Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll

2 Pro Stunde werden in Berlin 30.000 Plastiktüten und 20.000 Einweg-Becher verbraucht. Am Ende  
3 eines Jahres haben die Berliner Haushalte 800.000 Tonnen Restmüll produziert. Das ist zu  
4 viel! Auch wenn Mülltrennung mittlerweile vielerorts zum Standard gehört, Einweg-  
5 Plastiktüten aus dem Alltag verschwinden und viele neue Bewegungen entstehen – seien es  
6 verpackungsfreie Supermärkte oder Repair-Cafés – produzieren wir nach wie vor zu viel Müll.  
7 Wir wollen daher weg von der Müllhauptstadt Berlin und hin zur Zero Waste-Stadt.

8 Müll ist eine enorme ökologische und soziale Belastung. Seine Entsorgung schädigt Wasser,  
9 Boden und Luft. Plastik landet in den Weltmeeren und bedroht den Lebensraum vieler Arten,  
10 viele Entwicklungsländer werden regelrecht zur Müllkippe der Industrienationen. Wertvolle  
11 Rohstoffe landen ungenutzt im Müll, obwohl wir sie dringend für neue Produkte benötigen,  
12 weil die Ressourcen endlich sind, aber auch, weil viele Rohstoffe unter ausbeuterischen  
13 Bedingungen und im Raubbau an der Natur abgebaut werden – mit hohen ökologischen und  
14 sozialen Kosten. Die in Computern oder Handys benutzten Seltenen Erden sind hier nur das  
15 bekannteste Beispiel.

16 Und Müll nervt. Einwegbecher und Pizzaverpackungen landen allzu oft nicht im Papierkorb,  
17 sondern in unseren Grünanlagen oder auf dem Gehweg. Matratzen und Kühlschränke werden nicht  
18 beim Recyclinghof entsorgt, sondern an der nächsten Straßenecke. Berlin vermüllt. Eine  
19 lebenswerte Stadt geht anders.

20 All dies wollen wir ändern. Wir wollen Müll vermeiden und Ressourcen bestmöglich nutzen. Wir  
21 wollen unsere Stadt sauberer und lebenswerter machen. Berlin ist bunt, vielschichtig und  
22 alternativ – und das wird es bleiben. Aber unnötige Müllberge zu produzieren oder seinen  
23 Abfall im öffentlichen Raum zu entsorgen ist weder cool noch vernünftig und erst recht nicht  
24 ökologisch.

25 Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist es ein zentrales Anliegen dieser Legislaturperiode, das  
26 Müllaufkommen drastisch zu senken, den vorhandenen Müll besser und ökologischer  
27 wiederzuverwerten und die Stadt endlich auf den Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft zu  
28 bringen. Dafür haben wir das Leitbild „Zero Waste“ in den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag  
29 verhandelt. „Zero Waste“ – das bedeutet „Leben ohne Müll“. Klar: Ganz ohne Müll wird es  
30 nicht gehen. Aber Müll zu vermeiden, mehr wiederzuverwenden, unvermeidbaren Müll optimal zu  
31 recyceln und den nicht recyclebaren Müll energetisch zu nutzen und am Ende nichts zu  
32 deponieren – das ist unsere Vision und auf diesen Weg muss sich Berlin machen.

33 Wir Grünen nehmen unsere Verantwortung ernst und bauen Berlin daher zusammen mit unseren  
34 beiden zuständigen Senatorinnen Regine Günther und Ramona Pop zur Zero Waste-Stadt um. Die  
35 grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus hat im Doppelhaushalt 2018/19 bereits viel für dieses  
36 Ziel erstritten und die Voraussetzungen sind gut. So stellen wir für Strategie und Umsetzung  
37 im Bereich Zero Waste fast eine Million Euro zur Verfügung.

38 Bessere Strukturen, bessere Informationen

39 Unser Ziel ist es, den Restmüll in der Grauen Tonne deutlich zu senken und so die  
40 Müllverbrennung in Berlin langfristig herunterzufahren anstatt sie auszubauen. Um all das zu

41 erreichen, wird es nötig sein, an vielen verschiedenen Stellschrauben zu drehen und viele  
42 Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Hierfür setzen wir auf deutlich mehr Informationen, besseren  
43 Service und eine verbesserte Tarifstruktur, die auch die jeweiligen ökologischen Kosten  
44 ausdrückt. Wir sind davon überzeugt, dass die Berliner\*innen ihren Müll korrekt entsorgen,  
45 wenn klar wird, wieso dies ökologisch angebracht ist und was genau mit dem Abfall geschieht.

46 Die Arbeiten für das Berliner Abfallwirtschaftskonzept für den Zeitraum 2020 bis 2030 laufen  
47 auf Hochtouren. Wir werden die gesetzlich verpflichtende Abfallhierarchie endlich auch in  
48 Berlin Realität werden lassen: Abfallvermeidung vor Wiederverwendung vor Recycling  
49 (stofflicher Verwertung) vor energetischer Verwertung vor Verbrennung. Bisher wird unser  
50 Müll vor allem verbrannt während z.B. Repair-Initiativen vor Ort von steigenden Mieten  
51 bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern!

52 Was es nicht gibt, stört auch nicht – Müll vermeiden

53 Der beste Müll ist der, den es gar nicht gibt. So banal der Satz auch klingen mag, so  
54 ambitioniert ist er. Der Großteil des heutzutage produzierten Mülls könnte vermieden werden.  
55 Dies zu fördern und am Ende zu erreichen ist daher ein Herzensanliegen grüner Politik.

- 56 • Um den Zusammenhang zwischen der eigenen Mülltonne und dem globalen  
57 Ressourcenverbrauch aufzuzeigen, schlagen wir eine einfach aufbereitete und jährliche  
58 Abfallrechnung mit Verwertungswegen sowie Umwelt- und Klimabilanz vor. So wird  
59 deutlicher, dass sich die Müllvermeidung und Trennung lohnt, weil beispielsweise die  
60 jährlich 170.000 Tonnen gesammeltes Papier in Berlin fast 270.000 Bäume vor dem  
61 Abholzen bewahren. Solch eine jährliche Abfallabrechnung stärkt das Bewusstsein der  
62 Berliner\*innen in Bezug auf den positiven Effekt der Mülltrennung und Müllvermeidung  
63 auf die Umwelt.
- 64 • Mit unserer Mehrwegbecher-Kampagne „Better World Cup“ hat der Senat bereits eine  
65 erste, ganz konkrete Maßnahme zusammen mit der BSR, Umweltverbänden, Wirtschaft und  
66 Gastronomie auf den Weg gebracht. Damit sagen wir dem Verpackungs- und Einwegwahn den  
67 Kampf an. Deshalb werden wir die „Better World Cup“ Kampagne ausweiten. Mit ihr wollen  
68 wir auch die Verbreitung echter Pfandsysteme für „Coffee to go“-Becher unterstützen.  
69 Dazu gehört aber auch, den Umstieg von Plastikeinwegflaschen auf Mehrweg zu fördern,  
70 wie es von vielen Initiativen und Umweltverbänden gefordert wird.
- 71 • Außerdem haben wir eine Million Euro zusätzlich bereitgestellt, um mehr  
72 Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum zu bauen. Langfristig sollten in den kommenden  
73 zehn Jahren alle öffentlichen Liegenschaften – sei es die Grundschule um die Ecke oder  
74 der Eingang zum Tempelhofer Feld – mit Trinkbrunnen oder Wasserspendern ausgestattet  
75 sein. Was in vielen anderen Ländern bereits Gang und Gäbe ist, macht auch bei uns Sinn  
76 und ist nebenbei auch eine Maßnahme zur Klimafolgenanpassung, da die Sommer extremer  
77 werden. Damit bringen wir auch den von verschiedenen Initiativen angestoßenen und von  
78 uns aufgenommenen Prozess „Berlin wird Blue Community“ voran. Außerdem: Wo Wasser  
79 einfach und kostenlos erhältlich ist, braucht niemand mehr auf „stilles „Wasser“ aus  
80 Einwegflaschen zurückzugreifen, das aus allen Weltregionen zu uns transportiert wird  
81 und ein ökologischer Irrwitz ist.
- 82 • Um plastikfreies Einkaufen, die Wiederverwendung von Gebrauchsgegenständen und  
83 Recyclingprozesse verständlicher und erlebbar zu machen, wollen wir prüfen, ob ein  
84 „Zero Waste Haus“ in Berlin umsetzbar ist. Dort können Schulklassen, Bürger\*innen,  
85 aber auch internationale Gäste lernen, wie die Vision vom abfallfreien Leben Realität  
86 werden kann. Hierzu soll mit bestehenden Initiativen kooperiert werden.

87 Reparieren statt wegschmeißen, tauschen und teilen statt entsorgen

88 Nur weil der Mixer nicht mehr funktioniert, gehört er noch lange nicht auf den Müll. Und  
89 wenn die Eine für etwas keine Verwendung mehr hat, heißt das noch lange nicht, dass der  
90 Andere damit nichts mehr anfangen kann und das Ding weggeschmissen werden muss.

- 91 • Berlin ist beim Umgang mit nicht mehr benötigten Gegenständen Hauptstadt der  
92 Innovation. Seien es Repair-Cafes, Tausch-Läden oder Foodsaving-Orte – an vielen Ecken  
93 und Ende entwickeln sich Initiativen und Start Ups, die altes wiederverwenden,  
94 reparieren oder zu einem neuen Zweck umbauen. Diese werden wir fördern und  
95 unterstützen. Diese Initiativen von unten aus der Stadtgesellschaft sind ebenso wie  
96 das Handwerk und auf Reparatur spezialisierte Unternehmen ein wichtiger Hebel Richtung  
97 unserer Version einer Zero-Waste-Stadt.
- 98 • Diese Initiativen wollen wir bekannter machen, fördern und die Berliner\*innen deutlich  
99 besser informieren, wo es in ihrem Kiez die Möglichkeit gibt, Maschinen, Fahrräder  
100 oder Elektrogeräte für wenig Geld instand setzen zu lassen, um sie selbst weiter zu  
101 nutzen oder anderen Menschen eine Freude zu machen. Dafür gilt es explizit, die  
102 bezirklichen Umweltämter personell zu stärken, die oft schon mit Reparaturführern,  
103 zielführenden Projekten oder ähnlichen Informationskampagnen vorbildhaft vorangegangen  
104 sind.
- 105 • Initiativen, die auf die Wiederverwendung von Kunststoffen und Materialien  
106 spezialisiert sind, wollen wir unterstützen. Denn viel zu oft landen noch nutzbare  
107 Materialien und Güter im Müll, obwohl sich Künstler\*innen, Heimwerker\*innen und andere  
108 Akteur\*innen darüber freuen würden. Auch die BSR muss hier einen wichtigen Beitrag  
109 leisten, indem sie noch nutzbare oder reparierfähige Geräte anbietet und zugänglich  
110 machen.
- 111 • Die Berliner Recyclinghöfe sind eine wichtige Adresse für unsere Zero Waste Strategie.  
112 Sie sollten attraktiver und serviceorientierter werden um noch stärker genutzt zu  
113 werden. Auch eine Ausweitung sollte geprüft werden. Insgesamt wollen wir das Berliner  
114 Sperrmüllsystem kundenfreundlich reformieren und günstiger machen. Die Menschen  
115 sollten gar nicht erst in Versuchung geführt werden, ihren Hausrat auf der Straße  
116 abzustellen, statt ihn abholen zu lassen oder auf den Recyclinghof zu bringen. Wir  
117 werden dafür sorgen, dass weniger Hausrat in den Sperrmüll kommt, wo er teuer,  
118 unökonomisch und unökologisch entsorgt und verbrannt wird. Stattdessen soll er in  
119 einem attraktiven Gebrauchtwarenkaufhaus landen und anderen Menschen gute Dienste  
120 erweisen.

121 Hochwertig verwerten statt verbrennen

122 Uns ist bewusst, dass wir nicht jeden Abfall vermeiden können und nicht alles repariert,  
123 getauscht oder geteilt werden kann. Unser Ziel ist es daher, dass alles, was dann noch übrig  
124 bleibt, bestmöglich verwertet wird. Auch hierfür werden wir einige Maßnahmen ergreifen.

- 125 • Wir wollen die Berliner\*innen besser informieren und vom Ressourcenschutz überzeugen.  
126 Deshalb haben wir im Haushalt bereits 1 Million Euro für eine Informationskampagne und  
127 eine bessere Abfallberatung für die Berliner\*innen veranschlagt – denn viele Menschen  
128 sehen bei der Mülltrennung nicht durch! Vieles was in der Wertstofftonne oder in den

129 gelben Sack gehört, landet immer noch in der schwarzen Tonne. Eine bessere Trennung  
130 und verminderte Fehlwürfe sparen Entsorgungskosten und nützen der Umwelt.

131 • Seit 1996 wird in Berlin Biomüll getrennt gesammelt. Die Berliner\*innen nutzen die  
132 Möglichkeit durchaus zunehmend. Leider gibt es die Biotonne noch nicht überall und nur  
133 auf freiwilliger Basis, was nicht gesetzeskonform ist. Die Vorgänger-Senate in Berlin  
134 aus SPD, CDU und SPD, Linkspartei weigerten sich jahrelang, der eindeutigen Vorschrift  
135 aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes nachzukommen, die das Sammeln von  
136 Bioabfällen aus allen Haushalten zur kommunalen Pflicht gemacht hat. Unter grüner  
137 Regierungsbeteiligung wird das anders. Die Koalition macht nun ernst mit der  
138 flächendeckenden Sammlung des Bioabfalls. So ist es im Koalitionsvertrag verabredet  
139 und nur so lässt sich die dort ebenfalls vereinbarte Zero Waste-Strategie umsetzen  
140 sowie eine deutliche Reduzierung von schädlichen Klimagasen für Berlin bewirken. Jeder  
141 Kaffeefilter und jeder Speiserest, die im Restmüll landen, könnten vergoren wertvolles  
142 Biogas liefern.

143  
144 Mit der verbindlichen Ausweitung der Biosammlung, für die es nur wenige Ausnahmen bei  
145 gesicherter Eigenkompostierung geben darf, muss die energetische Verwertung der  
146 organischen Abfälle optimiert werden. Sollte vor den Hintergrund der konkreten  
147 Stoffströme Kapazitäten für die Vergärung fehlen, müssen diese Kapazitäten durch eine  
148 weitere Vergärungsanlage geschaffen werden. Denn es gilt für uns: vergären geht vor  
149 kompostieren. Schon heute wird der in Berlin gesammelte Bioabfall größtenteils zu  
150 Biogas verarbeitet, und die Fahrzeuge der BSR fahren damit klimaneutral durch unsere  
151 Stadt. Die Gärreste können dann sinnvoll auf den Äckern als Düngemittlersatz und als  
152 Kompost genutzt werden.

153  
154 Wir werden aber darauf achten, dass die zusätzlichen Kosten durch diese Modernisierung  
155 unserer Abfallwirtschaft gerecht verteilt werden. Obendrein wollen wir den betroffenen  
156 Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.

157 • Wichtig ist außerdem das Mitgehen des Handels, des Gewerbes, des Handwerks und der  
158 vielen sonstigen Betriebe zur Verwirklichung unserer Zero-Waste Vision in Berlin. Seit  
159 August letzten Jahres gilt die novellierte Gewerbeabfallverordnung mit ihren  
160 neuartigen Anforderungen und Dokumentationspflichten zur getrennten Sammlung von  
161 Gewerbeabfällen. Auch für diese Zielgruppen werden wir weitergehende  
162 Informationsangebote bereitstellen, damit zeitnah alle qualitativ hochwertig  
163 recycelbaren Abfälle in den Verwertungskreislauf eingebracht werden. Momentan  
164 übergeben immer noch zu viele Gewerbetreibende ihre Gewerbeabfälle als gemischten  
165 Gewerbeabfall an die BSR und werden deshalb verbrannt. Uns ist klar: Wenn nie bei den  
166 Betrieben nachgefragt und nachschaut wird, passiert zu wenig. Wir brauchen auch einen  
167 funktionierenden Vollzug, der von den bezirklichen Umweltämtern gewährleistet werden  
168 muss. Nicht nur für diese Aufgabe wollen wir die bezirklichen Umweltämter wieder  
169 personell stärken und somit als handlungsfähigen Partner an unserer Seite wissen.

170 Alle Partner ins Boot holen

171 Die BSR ist bereits sehr modern und innovativ. Sie ist ein wichtiger Partner im Kampf gegen  
172 ein vermülltes Berlin. Gemeinsames Ziel muss es sein, dass die BSR statt mit Müllabholung  
173 und Müllverbrennung ihr Geld noch stärker mit Abfall-Service verdient. Als Landesbetrieb  
174 wollen wir sie zu einem Zero Waste-Unternehmen umbauen. Niemand sonst hat so viel Erfahrung  
175 und Ahnung vom Berliner Müll. Das wollen wir nutzen und gemeinsam mit der BSR neue Wege  
176 bestreiten.

177 Aber auch die privaten Entsorger sind wichtige Akteure für einen ressourceneffizienteren  
178 Umgang mit Abfällen. Mit innovativer Technik leisten sie bereits einen wichtigen Beitrag  
179 dafür. Auch sie sind gefordert, dass Berlin dem Leitbild Zero Waste näherkommt. Oftmals  
180 rächt es sich, dass die Abfallwirtschaft in weiten Teilen ein privatisierter Markt und der  
181 kommunalen Regulierung weitestgehend entzogen ist. Sehr deutlich mussten das die  
182 Berliner\*innen beim Altglas spüren, als die Dualen Systeme vor einigen Jahren begannen, die  
183 von vielen geschätzte haushaltsnahe Altglastonnen durch Glascontainer zu ersetzen. Immerhin  
184 ist es der neuen Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz gelungen, mit dem  
185 Dualen System einen Kompromiss zu finden, bei dem über 60.000 Altglas-Tonnen in den Berliner  
186 Häusern verbleiben können und nicht wie ursprünglich geplant alle abgezogen und durch  
187 Glascontainer-Plätze ersetzt werden. Das begrüßen wir sehr.

188 Außerdem wollen wir das zivilgesellschaftliche Engagement in den Kiezen unterstützen und den  
189 Bewusstseinswandel gerade auch bei Schüler\*innen und Jugendlichen befördern, denn  
190 „Abfallvermeidung und Recycling lebt vom Mitmachen“. Dazu werden wir Aktionen, wie sie  
191 beispielsweise über die Senatsumweltverwaltung, die bezirklichen Umweltämter oder die  
192 Stiftung Naturschutz gefördert werden können, ausbauen und fördern.

### 193 Saubere Stadt

194 Wir wollen Berlin noch lebenswerter machen. Wir lieben unser Berlin, gerade auch weil es  
195 nicht immer nur sauber und alles super gecheckt ist. Aber es ist ein Unterschied, ob Berlin  
196 einen alternativen Flair hat oder ob Müll und Dreck überall herumliegen, stören und stinken.  
197 Eine saubere Stadt, in der der öffentliche Raum für alle nutzbar ist, ist auch eine soziale  
198 Frage. Wir wollen, dass Kinder bedenkenlos auf dem Spielplatz toben können und Parkbänke für  
199 alle zum Verweilen einladen. Hundekot auf dem Gehweg, Spritzen in Sandkästen oder alte  
200 Matratzen auf der Straße sind weder cool noch lässig, sondern stören alle. Saubere Wege,  
201 saubere Parks und saubere Spielplätze sind für uns daher kein Nice-to-have sondern eine  
202 elementare Bedingung für eine lebenswerte Stadt.

203 Die ersten Erfahrungen mit der Park- und Waldreinigung durch die BSR zeigen dabei sehr  
204 positive Erfolge. Deshalb werden wir dies jetzt weiter ausbauen und nehmen weitere Parks und  
205 Waldflächen mit in diesen Pilotversuch auf. Wir unterstützen dabei prinzipiell das Vorhaben,  
206 die Reinigung der Stadt aus einer Hand durchzuführen. Wir sagen aber auch ganz klar: Die  
207 Reinigung der Parks durch die BSR darf nicht zu Lasten der Bezirke geschehen. Es ist gut,  
208 wenn Geld wieder in die Pflege und Hege des Grüns geht und von den Bezirken nicht für  
209 Reinigungsaufgaben verwendet werden muss. Aber gerade deshalb sollte dieses Geld den  
210 Bezirken auch weiterhin vollumfänglich zur Verfügung stehen und muss sogar ausgeweitet  
211 werden.

212 Die Bezirke müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, die qualitativen Ansprüche an  
213 gepflegte und hochwertige Grünanlagen wirklich umsetzen zu können.

214 Bei unserem Engagement für mehr Sauberkeit wollen und werden wir die Angebote so verbessern,  
215 dass sie von den Berliner\*innen angenommen werden und praktikabel sind. Anstelle von Müll-  
216 Sheriffs, die öffentlichkeitswirksam und teuer jeden kleinen Müllsünder jagen sollen, ist  
217 unser Ziel, es gar nicht dazu kommen zu lassen. Statt einer neuen Spezialgruppe wollen wir  
218 die zuletzt kaputt gesparten Ordnungs- und Umweltämter weiter stärken und ausbauen.  
219 Insbesondere die Verfolgung von illegal abgeladenem Müll auf öffentlichen Straßenland, in  
220 Parks und Wäldern ist dabei eine wichtige Aufgabe. Das zuständige Ordnungsamt ist der  
221 Experte, der je nach Bezirk und Kiez seine Schwerpunkte selbst legen sollte und muss. Ist es  
222 an einem Ort der Sperrmüll, der zum Problem wird, sind es andernorts die Abfälle durch  
223 Grillen und Picknick. Auch hier können neben mehr Mülleimern auch regelmäßige Rundgänge von  
224 Ordnungsamtsmitgliedern sinnvoll und hilfreich sein.

225 Ganz besonders liegen uns die Initiativen in den Kiezen am Herzen. Wer bei sich vor Ort eine  
226 gemeinschaftliche Reinigung oder einen probeweisen Sperrmülltag organisieren will, sollte  
227 von Ämtern und der BSR unterstützt werden. Je näher am Menschen die Maßnahmen sind, desto  
228 effektiver und akzeptierter können sie sein.

229 Berlin wird nicht nur sauberer, sondern auch ökologischer. Trotz einer wachsenden Stadt  
230 werden wir den Müll verringern und die „Müllhauptstadt Berlin“ zur Zero-Waste-Stadt umbauen.  
231 Die ersten Schritte dazu sind bereits getan, viele weitere werden noch folgen.

**S-00** Komplette Satzung geschlechtergerecht formulieren

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Satzungsänderungsanträge

- 1 Die komplette Satzung wird mit Genderstar geschlechtergerecht formuliert.

## V-01 Sicher und entspannt den Jahreswechsel genießen

Antragsteller\*in: KV Steglitz-Zehlendorf

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

### 1 Sicher und entspannt den Jahreswechsel genießen

2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin wollen an Silvester in ganz Berlin fröhliches gemeinsames  
3 Feiern, ohne Schäden und unverhältnismäßige Gefahren für die Gesundheit und für Sachen,  
4 möglichst geringe Umwelt- insbesondere Feinstaubbelastung und möglichst wenig Müll, ohne  
5 hohe Kosten bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei, bei ärztlicher Versorgung und bei  
6 der Stadtreinigung. Wir danken für ihren Einsatz und verurteilen die Angriffe auf Polizei,  
7 Rettungs- und Feuerwehrkräfte in der Silvesternacht 2017/2018. Wir bedauern, dass in der  
8 der Silvesternacht in Deutschland erneut rund 500 Personen wegen Verletzungen durch  
9 Pyrotechnik (davon laut Feuerwehr in Berlin 44 Personen, teils mit Teilamputationen) in  
10 Krankenhäusern behandelt werden und tausende von Polizei-, Rettungsdienst- und  
11 Feuerwehrkräfte im Einsatz sein mussten.

12 Wir fordern den Innensenator auf, in dieser nicht neue Problematik endlich gemeinsam mit den  
13 anderen Länder in der Innenministerkonferenz gegenüber dem Bundesinnenminister mit dem Ziel  
14 wirksam tätig zu werden, durch entsprechende Rechtsänderung  
15 den Ländern bzw. Kommunen zu ermöglichen,

- 16 • den Verkauf von Feuerwerkskörpern auf den 31. Dezember (falls Sonn- oder  
17 Feiertag: den Vortag) zu beschränken
- 18 • den Verkauf von Feuerwerkskörper auf Fachgeschäfte zu beschränken
- 19 • pyrotechnische Gegenstände (Feuerwerkskörper), die an Silvester  
20 erfahrungsgemäß besonders häufig zu Verletzungen und Schäden führen, aus  
21 der Klasse freiverkäuflichen Feuerwerks herauszunehmen.

22 Wir fordern den Senat darüber hinaus auf, gemeinsam mit dem Rat der Bürgermeister bis Sommer  
23 2018 ein Konzept (einschließlich Finanzierung) für dezentrale professionell gemanagte  
24 Silvester-Feuerwerke - über das Fest am Brandenburger Tor hinaus - zu erarbeiten und ab  
25 Silvester 2018/2019 umzusetzen. Dazu sollen auch Angebote für professionell begleitetes  
26 privates Feuerwerk im öffentlichen Raum gehören.

27 Zeitgleich wollen wir als Partei den Dialog mit Bürger\*innen, Ordnungsamt, Polizei,  
28 Feuerwehr und Arzt\*innen beginnen, wie Silvester sicher und entspannt in den Kiezen genossen  
29 werden kann.

30 Wir wollen nicht, dass die Berlinerinnen und Berliner auf Silvesterfeuerwerk verzichten  
31 müssen. Wir wollen aber, dass alle den Jahreswechsel sicher und entspannt genießen können.

## V-02 Multiresistente Keime in Oberflächengewässern

Antragsteller\*in: KV Reinickendorf

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

- 1 Multiresistente Keime in Oberflächengewässern
- 2 Der Senat wird aufgefordert, Wasserproben aus den Berliner Oberflächengewässern –
- 3 insbesondere am Ausfluss der Berliner Kläranlagen – auf eine Belastung mit multiresistenten
- 4 grampositiven und gramnegativen Bakterien untersuchen zu lassen.

### Begründung

Multiresistente Keime sind Krankheitserreger, die nicht auf das übliche Spektrum von Antibiotika ansprechen. Sie kommen mittlerweile in Lebensmitteln tierischer Herkunft- vorzugsweise in Geflügelfleisch- und offenbar auch in Oberflächengewässern vor (s.u.). Seriöse Schätzungen gehen von 2000 bis zu 30000 Todesfällen/Jahr ( in Deutschland) durch multiresistente Erreger aus. Antibiotika, die in der Massentierhaltung eingesetzt werden (2016: 742 Tonnen; D), aber auch Antibiotikaeinsatz in Kliniken und über Arztpraxen führen zur Resistenzentwicklung. Für gesunde Erwachsene sind diese Erreger im Allgemeinen nicht akut gefährlich- allerdings können sie durch Kontakt zu Trägern und Ausscheidern werden. Alte Menschen, Kleinkinder oder Personen mit offenen Verletzungen sowie Op-Patienten können erkranken und sind dann kaum noch mit Antibiotika zu behandeln.

Eine vom NDR initiierte Studie, die in Zusammenarbeit mit den Universitäten Dresden und Gießen durchgeführt wurde, zeigte in allen der 12 Proben aus niedersächsischen Oberflächengewässern eine Belastung mit multiresistenten Erregern. In 5 der 12 Proben wurden Resistenzen gegen Colistin gefunden, ein Reserveantibiotikum, das als letzte Option bei anders nicht mehr behandelbaren Infektionen eingesetzt wird<sup>1</sup>. Quelle für diese Problemkeime sind Gülle aus der Tierhaltung, die auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ausgebracht wird (etwa 70 Millionen Tonnen/Jahr in Deutschland), daneben aber auch Abwässer aus Kliniken etc.<sup>2</sup>.

Wir haben in Berlin zahlreiche Großkliniken. Spree und Havel kommen aus landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten (in Brandenburg wurden 2016 773000 Schweine und 8.6 Millionen Hühner gehalten<sup>3</sup>). Der Koalitionsvertrag der Landesregierung 2016 enthält zu diesem Thema keine Initiativen. Dabei wäre es relativ einfach und wenig kostenintensiv, in Zusammenarbeit zwischen den Berliner Wasserschutzbehörden, dem Robert-Koch-Institut und den Berliner Unikliniken zu untersuchen, ob und in welchem Ausmaß die Berliner Seen mit multiresistenten Keimen belastet sind. Sollte eine erhebliche Belastung festgestellt werden, so könnten z.B. zusätzliche Reinigungsstufen in den Klärwerken Abhilfe schaffen. Zu weiteren denkbaren Maßnahmen s. Antrag von Bündnis 90-die Grünen im Deutschen Bundestag vom 13.03.2018 (Drucksache 19/1159).

1 Recherche NDR, 6.2.2018; 2 W.Witte, Robert Koch Institut Berlin ; 3 Statistisches Landesamt Brandenburg

V-03 Coparenting stärken, Beratung für Eltern in Trennungskonflikten ausbauen!

Antragsteller\*in: Petra Vandrey (KV Charlottenburg Wilmersdorf) u.a.

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Coparenting stärken, Beratung für Eltern in Trennungskonflikten ausbauen!

2 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

3 Der Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen begrüßt die aktuelle Position der BAG Kinder  
4 Jugend Familie sowie der Berliner AG Kinder Jugend Familie, die gemeinsame Elternschaft  
5 („Coparenting“) getrennter Eltern zu stärken, jedoch kein bestimmtes Betreuungsmodell zu  
6 standardisieren. Um Berliner Eltern und ihre Kinder im Trennungsfalle zu stärken und  
7 individuelle Betreuungslösungen zu unterstützen, fordert der Landesverband Bündnis 90 / Die  
8 Grünen einen Ausbau des Beratungsangebots der Jugendämter und Familienberatungsstellen in  
9 Berlin.

10 Individuelle Betreuungsmodelle fördern, kein Betreuungsmodell verordnen!

11 Anzustreben ist, Kindern nach Trennung der Eltern beide Elternteile soweit wie möglich zu  
12 erhalten. Welches Betreuungsmodell jeweils das Richtige ist, kann nur individuell  
13 entschieden werden. Hierbei ist es wichtig, nicht nur das Residenzmodell oder das exakt  
14 paritätische Wechselmodell („halbe/halbe“) in Betracht zu ziehen, sondern auch andere  
15 Betreuungsmodelle (40/60 % etc). Wir lehnen die Einführung eines bestimmten  
16 Betreuungsmodells im BGB als Standardmodell ab. Politischen Bestrebungen, das Wechselmodell  
17 als gesetzlichen Regelfall zu standardisieren, treten wir entgegen.

18 Wille des Kindes berücksichtigen!

19 Wir setzen uns für eine stärkere Berücksichtigung des Kindeswillens bei Wahl des  
20 Betreuungsmodells ein. Das Kind als Träger eigener subjektiver Rechte hat einen eigenen  
21 Willen, den es zu berücksichtigen gilt. Wir begrüßen, dass Kindern in familienrechtlichen  
22 Verfahren zunehmend Verfahrensbeistände beigeordnet werden, um den ihren Willen im  
23 familiengerichtlichen Verfahren zu ermitteln und zur Geltung zu bringen. Das Wohl des  
24 individuell betroffenen Kindes muss alleiniger Entscheidungsmaßstab sein. Maßstab für die  
25 Wahl des Betreuungsmodells kann dagegen nicht eine „Verteilungsgerechtigkeit“ zwischen den  
26 Elternteilen sein.

27 Es muss berücksichtigt werden, dass von einem Kind, das zwischen den Haushalten seiner  
28 Eltern pendelt, eine enorme Anpassungsleistung verlangt wird. Das Kind muss nicht nur mit  
29 der Organisation seines Alltags in zwei verschiedenen Haushalten klarkommen und immer genau  
30 im Voraus planen, welche Dinge es in welcher Woche zum Beispiel für die Schule benötigt. Es  
31 muss auch mit wechselnden Erziehungsstilen umgehen; wenn neue Partner der Elternteile  
32 hinzukommen, auch mit dem Wechsel von ganz unterschiedlichen Familienkonstellationen. Das  
33 kann im besten Falle bereichernd sein, es kann aber auch mit sehr viel Anstrengung für das  
34 Kind verbunden sein, das sich ständig zwischen zwei familiären Zusammenhängen umstellen  
35 muss. Gelingen wird dies in den allermeisten Fällen nur, wenn sich beide Elternteile  
36 inklusive der eventuell neu hinzukommenden Partner freundlich gegenüberstehen, die  
37 Kommunikation gut funktioniert und alle Beteiligten das Wechselmodell mittragen. Nur in  
38 Ausnahmefällen sollte das Wechselmodell gegen den Willen eines Elternteils angeordnet werden  
39 können, beispielsweise bei völlig sachwidriger Blockade eines Elternteils.

40 Dies entspricht bereits der jetzigen Rechtslage. Die hierfür maßgebliche BGH-Entscheidung  
41 von Februar 2017 etabliert nicht ein Wechselmodell als Regelfall, sondern stellt gerade auf  
42 den Einzelfall ab. Dies ist sachgerecht. Diese Orientierung am Einzelfall sollte nicht  
43 aufgegeben werden, indem das Wechselmodell als Regelfall gesetzlich eingeführt wird. Denn  
44 dadurch bestünde die Gefahr, dass Entscheidungen zur Betreuung eines Kindes nicht mehr  
45 kindeswohlorientiert sind, sondern Elternrechte im Vordergrund stehen. Es darf aber nicht  
46 darum gehen, ein Kind gerecht zwischen den Eltern zu verteilen, sondern die beste Lösung für  
47 das betroffene Kind zu finden.

48 Beratungsangebot ausbauen! Beratungstermine in Berliner Jugendämtern binnen vier Wochen  
49 gewährleisten!

50 Um ein dem Kindeswohl entsprechendes Modell ohne Hilfe des Familiengerichts zu vereinbaren  
51 braucht es eine gute Kommunikation der Elternteile. Da gute Kommunikation gerade im  
52 Trennungsfall oft schwierig ist, muss für Eltern ein qualifiziertes Beratungsangebot zur  
53 Verfügung stehen. Beratungstermine beim Jugendamt, einer Erziehungsberatungsstelle oder  
54 einem qualifizierten freien Träger muss es ohne lange Wartezeiten geben, damit sich die  
55 Fronten der Eltern nach einer Trennung nicht immer weiter verhärten. Dies ist in Berlin  
56 leider nicht Realität. Beratungstermine sind bei Jugendämtern und Beratungsstellen wegen der  
57 herrschenden Personalknappheit oft wochenlang nicht zu bekommen.

58 Wir fordern, dass Elternteile spätestens vier Wochen, nachdem sie sich bei einer  
59 Beratungsstelle oder im Jugendamt gemeldet haben, einen Termin erhalten. Hierfür muss das  
60 nötige Personal vorhanden sein. Elternkurse, die den Eltern den Blick auf das Kind schärfen,  
61 sind zu fördern. Plätze für Kinder in Trennungskindergruppen muss es ohne lange Wartezeiten  
62 geben.

63 Ein verbessertes Beratungsangebot für Familien in Trennungssituationen ist wichtig, um  
64 familiengerichtliche Verfahren möglichst zu vermeiden und einvernehmliche Betreuungsmodelle,  
65 bei denen das Kind im Fokus steht, zu unterstützen.

66 Weitere Antragsteller\*innen:

67 Marianne Burkert-Eulitz (MdA), Torsten Wischnewski-Ruschin (LAG Bildung), Sebastian Serowy  
68 (KV Steglitz Zehlendorf), Andrea Bossmann (LAG Frauen\* und gender), Sandy Marschke (KV  
69 Steglitz Zehlendorf), Oliver Gellert (KV Spandau), Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und  
70 Soziales)

71 Unterstützer\*innen:

72 Lisa Paus (MdB), Martina Schmiedhofer (KV CharWilm), Herbert Nebel (KV CharWilm), Ingrid  
73 Lienke (KV CharWilm), Parwin Kouloubandi (KV CharWilm), Mona Noe (Grüne Jugend), Leonie  
74 Köhler (Grüne Jugend), Matthias Oomen (KV CharWilm), Christof Ebrecht (KV Mitte), Evgeniya  
75 Gataulina (KV Mitte), Gollaleh Ahmadi (KV Spandau), Catherina Pieroth (MdA), Elfi Jantzen  
76 (KV CharWilm), Daniela Billig (MdA), Christine Rabe (KV CharWilm), Daniela Ehlers (KV  
77 Lichtenberg), Nicole Ludwig (MdA)

## V-04 Gerechter Welthandel beginnt in Berlin

Antragsteller\*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln), Anna Cavazzini (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Ramona Pop (KV Mitte), Ronald Wenke (KV Steglitz-Zehlendorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

### 1 Gerechter Welthandel beginnt in Berlin

2 Der Kaffee in der Kantine, die Treppenstufen im Bürgeramt, die Jeans im Kleiderschrank:  
3 Überall in Berlin begegnen uns Produkte, die tausende Kilometer zurückgelegt haben und über  
4 komplizierte Lieferketten zu uns gekommen sind. Dabei sind unfaire Produktionsbedingungen,  
5 Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit: Wie Sklaven gehaltene  
6 Arbeiter\*innen in indischen Fabriken oder Landvertreibung für Palmölplantagen in Indonesien;  
7 aber auch westliche Unternehmen, die gegen den Baustopp für eine Erdöl-Bohrinsel klagen. Ein  
8 ungerechtes Handelssystem macht alles das möglich.

9 Wir Grüne kämpfen deshalb für eine gerechte Handelspolitik – auf allen Ebenen. Wir streiten  
10 für einen UNO-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte, der Klagen gegen multinationale  
11 Konzerne wegen Menschenrechtsverletzungen möglich machen würde. Zusammen mit der  
12 Zivilgesellschaft stehen wir Seite an Seite gegen TTIP. Wir haben im Europaparlament gegen  
13 CETA gestimmt und in Berlin eine Ablehnung von CETA im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Denn  
14 die neuen bilateralen Handelsabkommen meißeln die Interessen von großen Unternehmen in  
15 Stein, während die Belange von Umwelt und Arbeitenden zu kurz kommen. Und sie befeuern die  
16 Deregulierung und den Wettlauf nach unten bei Standards.

17 Doch es reicht nicht, sich für ein besseres globales Handelssystem einzusetzen. Für uns  
18 Grüne beginnt eine faire Handelspolitik in Berlin. Global denken – lokal handeln: Dieses  
19 urgrüne Prinzip ist unsere Leitschnur. Wir streiten für die Umsetzung der nachhaltigen  
20 Entwicklungsziele der UNO (Sustainable Development Goals - SDGs) auf allen Ebenen.

### 21 Berlin wird Fair Trade Town

22 Und wir sorgen dafür, dass sich Berlin auch an die eigene Nase fasst. Wir verstehen uns als  
23 Teil der Fair Trade-Bewegung. Berlin wird nun offiziell „Fair-Trade-Town“ und auch die  
24 landeseigenen Betriebe tragen zunehmend ihren Teil dazu bei, dass sozial-ökologische  
25 Produkte wie z.B. Kleidung und Dienstleistungen in Berlin noch mehr zur Normalität werden.

26 Seit sieben Jahren wird von der Berliner Zivilgesellschaft ein „Eine-Welt-Zentrum“ geplant.  
27 Dank eines Millionenzuschuss des Landes Berlin kann dieses nun endlich realisiert werden.  
28 Berlin als internationale Stadt setzt auf globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Auf  
29 4.500m<sup>2</sup> finden entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische  
30 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zukünftig gute Bedingungen für ihre Arbeit Das Zentrum  
31 bündelt die Akteure und Initiativen, dient als Begegnungsstätte dem Vernetzen und dem  
32 Dialog, um aktuellen globalen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Es wird ein  
33 lebendiger Ort entstehen, von dem aus Impulse für das bürgerschaftliche und  
34 zivilgesellschaftliche Engagement für eine global gerechte Gesellschaft in Berlin und  
35 darüber hinaus gesetzt werden. Dies ist heute wichtiger denn je.

36 Auf der Bezirksebene treiben wir die Kampagne von Wilmersdorf über Pankow bis Köpenick  
37 ebenfalls weiter voran! So zum Beispiel auf dem Breitscheidplatz, wenn im Sommer dort die  
38 Medaillenvergabe der Leichtathletik-EM stattfindet. Die Genehmigung verknüpfte der grüne  
39 Bezirksstadtrat an die Bedingung, dass es dort einen Bereich zum Thema Fair Trade im Sport

40 gibt, der von NGOs genutzt wird. So können die Organisationen kritisch darüber informieren,  
41 welche Rolle Adidas und andere Produzenten in der Textilproduktion im Sport spielen. Auch  
42 soll im gesamten Veranstaltungsbereich nur fair gehandelter Kaffee, Tee, Schokolade und  
43 Orangensaft verkauft werden dürfen.

44 Wir wollen aber nicht nur die Mindestkriterien für den Titel „Fair Trade Town“ erfüllen,  
45 sondern einen flächendeckenden Trend, hin zu mehr fairen Produkten anstoßen.

46 Wir kämpfen für eine nachhaltige Beschaffung

47 Denn Berlin kann noch mehr. Deshalb werden wir die öffentliche Beschaffung in Höhe von vier  
48 bis fünf Milliarden Euro jährlich nutzen, um unser globalen Verantwortung gerecht zu werden.  
49 Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gehen wir daher ambitioniert die Reform des Berliner  
50 Vergaberechts an.

51 Bereits im 1. Halbjahr 2017 haben wir das Berliner Mindestentgelt auf 9€/Stunde erhöht. Wir  
52 handeln nach dem Grundsatz: „Gutes Geld für gute Arbeit.“ Wer staatliche Aufträge erhalten  
53 will, muss einen Lohn zahlen, von dem man leben kann. Deswegen muss das Mindestentgelt  
54 weiter steigen. Wir wollen auch, dass keine Produkte angeschafft werden, die mit Kinder-  
55 oder Sklavenarbeit erstellt wurden. Wir wollen den Fair-Trade-Ansatz bei der Beschaffung  
56 stärken und die ILO-Kernarbeitsnormen verbindlicher als Mindestmaßstab setzen. Wir fordern  
57 den Senat auf, eine Verordnung nach dem Vorbild der damaligen rot-grünen Regierung in  
58 Nordrhein-Westfalens aufzulegen, die für besonders sensible Produkte wie Bekleidung,  
59 Fußbälle oder Spielwaren die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Beschaffung  
60 sicherstellt.

61 Auch in ökologischer Hinsicht muss Berlin vorbildlich beschaffen. So müssen beispielsweise  
62 alle Elektrogeräte jeweils mit der höchsten Energieklasse angeschafft werden. Fahrzeuge  
63 müssen möglichst umweltverträglich unterwegs sein. Eine gesonderte Wertgrenze von 10.000€  
64 zur ökologischen Beschaffung halten wir für kontraproduktiv, zumal bereits jetzt nach einer  
65 Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Senats mehr als die Hälfte der Beschaffungsstellen  
66 auch unter der Wertgrenze die Vorschriften freiwillig anwendet. Der Bezirk Friedrichshain-  
67 Kreuzberg hat sogar eigenständig eine Absetzung der Wertgrenze auf 500€ vorgenommen.

68 Die anstehende Digitalisierung der Vergabe in Berlin ist lange überfällig. Sie wird für die  
69 Mitarbeiter\*innen der Verwaltung, die bisher Aufträge vergeben und Angebote prüfen, zu einer  
70 Entlastung führen. Darüber hinaus muss aber auch eine effektive Zentralisierung endlich  
71 voran kommen, damit nicht mehr tausende unterschiedliche Vergabestellen einzeln geschult,  
72 modernisiert und kontrolliert werden müssen. Wir streben eine Vergabestelle pro  
73 Verwaltungseinheit an. Darüber hinaus fordern wir vom Senat die Etablierung weiterer „Shared  
74 Services“ zur Beschaffung, wie dies ja bereits für den IT-Bereich vorgesehen ist. Das  
75 mittelfristige Ziel muss es sein, nach Vorbild des „Kaufhaus des Bundes“ für alle regelmäßig  
76 und behördenübergreifenden benötigten Produkte – etwa Fahrzeuge, Möbel oder Bürotechnik –  
77 eine einzige zentrale Beschaffungsstelle zu schaffen, bei der alle anderen  
78 Verwaltungseinheiten unbürokratisch und elektronisch „einkaufen“. Eine zentrale  
79 Beschaffungsstelle erleichtert die Umstellung hin zu einer fairen und ökologischen  
80 Beschaffung.

81 Darüber hinaus muss die Datenerfassung verbessert und die Kontrollen gestärkt werden, da in  
82 Berlin - wie so oft - insbesondere bei der Umsetzung große Probleme liegen. Wir handeln nach  
83 dem Motto: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Grundsätzlich wollen wir bürokratische  
84 Vorabnachweise minimieren – bei Verstößen dann aber deutlich reagieren. Dazu gehört, dass  
85 die zentrale Kontrollgruppe auf glaubwürdige, externe Hinweise – etwa von Betriebsräten oder  
86 Gewerkschaften – reagiert und unangekündigte Kontrollen durchführen muss. Wir wollen

- 87 außerdem einen Dialog mit Gastronomie und Einzelhandel anstoßen, um faire Produkte auch in  
88 diesen wichtigen Branchen stärker zu verbreiten.
- 89 Fairer Handel kommt nicht von selber, sondern man muss ihn gegen viele andere Interessen  
90 durchsetzen. Wir Grüne streiten genau dafür, denn die Umsetzung der SDGs beginnt hier vor  
91 unserer Haustür.

## V-05 Sauber mobil

Antragsteller\*in: Antje Kapek (Friedrichshain-Kreuzberg), Stefan Gelbhaar (Pankow), Harald Moritz (Treptow-Köpenik), Henning Bublitz (Mitte)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

### 1 Sauber mobil

2 Der Dieselskandal führt uns seit Jahren vor Augen, wie wichtig die Mobilitätswende ist.  
3 Verkehr muss sauberer werden – und zwar strukturell. Die Flickschusterei der Autohersteller  
4 mit Softwareupdate täuscht über das eigentliche Problem hinweg. Selbst die dringend  
5 notwendigen Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Hersteller lösen das Problem nicht  
6 grundsätzlich. Mobilität muss nachhaltiger gestaltet werden. Das bedeutet einen Mix aus  
7 Angeboten – denn Mobilität ist die Möglichkeit zur Bewegung.

8 Wir haben mit dem ersten Teil des Mobilitätsgesetzes einen wichtigen Schritt gemacht um den  
9 Umweltverbund gegenüber dem Autoverkehr zu stärken und Mobilität als Ganzes zu denken.  
10 Insbesondere wird Radfahren sicherer und attraktiver und gibt damit Menschen die Möglichkeit  
11 umzusteigen. In den kommenden Jahren kommt es darauf an, dieses Gesetz stadtweit mit Leben  
12 zu füllen. Das bedeutet auch die Bezirke auf diesem Weg mitzunehmen und bei der Umsetzung zu  
13 unterstützen. Denn neben großen Maßnahmen wie geschützteren Radstreifen (Protected Bike  
14 Lanes) sind es häufig die kleinen Bausteine, wie Asphaltstreifen auf Kopfsteinpflaster oder  
15 Fahrradbügel im Kiez, die den Radelnden das Leben einfacher machen.

16 In den kommenden Jahren wollen wir das Mobilitätsgesetz um Abschnitte zu Fußverkehr,  
17 Wirtschaftsverkehr und intelligenter Mobilität erweitern. Denn, wer Mobilität nachhaltig  
18 gestalten will, muss den Verkehr so organisieren, dass er den Menschen nützt und ihnen nicht  
19 schadet. Wir müssen die Luftverschmutzung in unserer Stadt schleunigst eindämmen – nicht um  
20 Fahrverbote zu vermeiden, sondern um die Gesundheit der Berliner\*innen zu schützen.

21 Es gibt viele Instrumente Luftschadstoffe zu vermindern – das Beste ist, diese gar nicht  
22 erst entstehen zu lassen. Deshalb ist der konsequente Ausbau der Radinfrastruktur, wie im  
23 Mobilitätsgesetz vorgesehen, ein wesentlicher Bestandteil einer Strategie zur  
24 Luftreinhaltung. Die Bundesregierung muss zudem schnellstmöglich den rechtlichen Rahmen für  
25 eine Blaue Plakette schaffen. Damit ließen sich wie bei der Umweltzone Bereiche einrichten,  
26 in denen Fahrzeuge, die die Grenzwerte nicht einhalten, außen vor bleiben müssen - um die  
27 Gesundheit der Menschen nicht zu gefährden.

28 Der ÖPNV spielt bei der Luftreinhaltung eine entscheidende Rolle. Straßen-, U- und S-Bahnen  
29 fahren auf bündnisgrüne Initiativen hin in Berlin nur noch mit Ökostrom.: Nach dem die BVG  
30 in den Jahren 2014/ 2015 auf Ökostrom umgestellt hat, hat die S-Bahn im Dezember 2017  
31 nachgezogen, und fährt seitdem ebenfalls ausschließlich erneuerbar.

32 Die Busse der BVG hingegen sind nach wie vor fast ausschließlich mit Dieselmotoren  
33 unterwegs. Diese Busse müssen daher kurzfristig mit SCR-Kats zur Minderung der NOX-  
34 Emissionen nachgerüstet werden. Zugleich ist die Ersetzung der BVG-Busse durch  
35 Elektrofahrzeuge einzuleiten. Mit Ökostrom auch aus einem zusätzlich gestärktem grünen  
36 Stadtwerk können diese Busse dann 100% emissionsfrei fahren. Ziel muss eine BVG sein, die  
37 bis 2030 vollkommen emissionsfrei unterwegs ist. Damit würden in Berlin mehr als 70% des  
38 „Binnenverkehrs“ emissionsfrei abgewickelt.

39 Elektrobusse allein reichen aber natürlich nicht. Der ÖPNV muss mit einem attraktiven  
40 Angebot auch Menschen zum Umstieg vom Auto hin zu Fahrrad, Bus und Bahn bewegen. Das

41 bedeutet auf lange Sicht dichteren Takt auch in den Außenbezirken und sinnvolle  
42 Investitionen in die Netzinfrastruktur. Jahrelang hat Berlin versäumt in die  
43 Schieneninfrastruktur zu investieren. Wir machen es jetzt besser. Die Grundlagen hierfür  
44 legen wir aktuell mit dem Entwicklungskonzept für die Infrastruktur des Schienenverkehrs in  
45 Berlin und Brandenburg i2030. Bessere Verbindungen bieten einerseits den Anreiz das Auto  
46 stehen zu lassen und andererseits ermöglichen sie Teilhabe. Teilhabe für alle die, die sich  
47 kein Auto leisten können oder wollen. Teilhabe für die, die auf öffentlichen Verkehr  
48 angewiesen sind, weil sie nicht mehr so gut zu Fuß sind. Neben besseren Verbindungen und  
49 neuen Linien bedeutet das auch, dass wir die Tarifstruktur überdenken. In einem ersten  
50 Schritt zu mehr Teilhabe haben wir das Sozialticket auf 27,50 EUR deutlich vergünstigt und  
51 auf Wohngeldberechtigte ausgeweitet. Das Jobticket soll und wird ebenfalls deutlich  
52 attraktiver werden und eine echte Alternative zum Auto bieten. Für alle Schüler\*innen  
53 fordern wir langfristig ein kostenloses Schüler\*innenticket - in ersten Schritten werden wir  
54 das Schüler\*innenticket deutlich im Preis senken und für Schüler\*innen mit Berlinpass  
55 kostenlos gestalten.

56 Immer wichtiger wird zudem die Möglichkeit zum Kombinieren verschiedener Verkehrsmittel.  
57 Hier sind Konzepte gefragt, wie mit Hilfe der Informationstechnik ein vernetztes Angebot  
58 geschaffen werden kann, das den klassischen ÖPNV mit Angeboten wie Bike- oder Car-Sharing  
59 aber auch alternativen Angeboten wie Ride-Sharing kombiniert. Vilnius zeigt, wie einem mit  
60 Hilfe einer App die Verkehrsmittel einer ganzen Stadt offenstehen. Berlin sollte dem nicht  
61 nachstehen. Im Entwurf des Mobilitätsgesetzes ist daher auch vorgesehen, dass die  
62 Verfügbarkeitsdaten der Verkehrsangebote für alle kostenlose und maschinenlesbar zur  
63 Verfügung stehen sollen. Aber auch hier muss die Bundesregierung ihre Verweigerungshaltung  
64 aufgeben, und mit dem Mobilpass ein bundesweites Verkehrsverbünde übergreifendes  
65 Ticketsystem schaffen.

66 Neben dem Ausbau der Radinfrastruktur und dem ÖPNV ist der Wirtschaftsverkehr eine weitere  
67 Baustelle bei der Luftreinhaltung. Der Wandel in unserem Einkaufsverhalten sorgt für immer  
68 mehr Verkehr in der Stadt. Diesen Verkehr müssen wir stadtverträglich gestalten. Start Ups  
69 zeigen beispielsweise, dass die Lieferung am gleichen Tag auch mit Lastenrädern realisiert  
70 werden kann – die Ware kommt dann nicht aus einem Zentrallager, sondern vom Einzelhandel  
71 oder aus Micro-Hubs vor Ort. Das ist nicht nur besser für die Luft, sondern auch für die  
72 regionale Wirtschaft. Ein intelligenter Wirtschaftsverkehr leistet somit seinen Beitrag zur  
73 Mobilitätswende - und sichert Arbeitsplätze.

74 Neben dem Lieferverkehr zählen auch zahlreiche Dienstleister zum Wirtschaftsverkehr.  
75 Handwerker\*innen, Pflegedienste, Stadtreinigung. Sie sind heute in der Regel mit Fahrzeugen  
76 unterwegs, die zum einen die Luft verschmutzen, zum anderen Platz benötigen. Eine Förderung  
77 von Lastenrädern für Handwerker\*innen kann diesen die Möglichkeit bieten ihr Material und  
78 Werkzeug künftig emissionsfrei und ohne Parkplatzsuche zu transportieren. Das Land Berlin  
79 hat mit seinem Doppelhaushalt 2018/2019 die Förderung von Lastenrädern eingeleitet. Auch  
80 hier schwächt die Bundesregierung: ein Förderprogramm ist zwar angekündigt, aber die  
81 Umsetzung hakt.

82 Motorisierter Wirtschaftsverkehr muss in Zukunft lokal emissionsfrei mit Elektrofahrzeugen  
83 abgewickelt werden. Dazu ist es existentiell, dass die notwendige Ladeinfrastruktur schnell  
84 ausgebaut wird.

85 Dienstwagen sollten wo möglich durch Fahrräder ersetzt werden oder durch emissionsfreie  
86 Modelle ersetzt werden. Und selbst für die Stadtreinigung gibt es manchmal überraschende  
87 Lösungen – in Hamburg sind seit 2017 Elektrolastenräder bei der Stadtreinigung in der

- 88 Innenstadt im Einsatz. Unternehmen aus Berlin zeigen schon heute das emissionsfreier  
89 Wirtschaftsverkehr möglich ist.
- 90 Mit dem Mobilitätsgesetz ist ein erster Schritt gemacht. Diesen Weg müssen wir aber auch in  
91 Zukunft gemeinsam – auf Landes- und Bezirksebene – weiter gehen, damit Berlin eine  
92 lebenswerte Stadt bleibt und noch stärker wird. Berlin braucht Mobilität – aber eine  
93 nachhaltige und stadtverträgliche Mobilität. Deshalb werden wir weiter an einem  
94 Mobilitätsgesetz für ganz Berlin arbeiten.

## **Begründung**

Begründung erfolgt mündlich

**V-06** Berlin in kinderfreundlicher Atmosphäre: Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie gesetzlich garantieren

Antragsteller\*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Berlin in kinderfreundlicher Atmosphäre: Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der  
2 Gastronomie gesetzlich garantieren

3 Kinder sind das schönste Geschenk für die Zukunft unserer Stadt Berlin. Wir GRÜNE wollen in  
4 einer Stadt leben, in der eine kinderfreundliche Atmosphäre herrscht und in der sich  
5 Menschen mit einem Gefühl des Willkommenseins für Kinder entscheiden.

6 Zur kinderfreundlichen Atmosphäre gehört auch, dass Eltern auch mit einem Baby Teil des  
7 gesellschaftlichen und kulturellen Lebens werden können und damit auf Teilhabe nicht  
8 verzichten müssen.

9 Leider ist diese Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben an vielen Stellen  
10 eingeschränkt, an denen sie nicht eingeschränkt sein müsste. Oftmals mangelt es schon an  
11 Kleinigkeiten, die aber grundlegenden Charakter vorweisen. So ist bspw. eine zuverlässige  
12 Versorgung mit Wickelgelegenheiten in unserer Stadt derzeit nicht gewährleistet. Das  
13 Vorfinden eines sicheren, sauberen, säuglingsgerechten Wickeltischs in öffentlichen Gebäuden  
14 oder in der Gastronomie gleicht einem Lotteriespiel, bei dem oftmals die Kleinsten die  
15 Nieten einstecken müssen. Ein Zustand, der mit Blick auf das Wohlbefinden, die Pflege und  
16 die Gesundheit der Babys in unserer Stadt nicht akzeptabel ist.

17 Dies wollen wir ändern! Wir wollen, dass sich Eltern zukünftig darauf verlassen können, ihre  
18 Babys in Behörden, im Restaurant oder im Café unter angemessenen Bedingungen wickeln zu  
19 können!

20 1. In öffentlichen Gebäuden des Landes und der Bezirke, in denen Publikumsverkehr herrscht,  
21 wollen wir zukünftig einen für alle Geschlechter zugänglichen Wickeltisch (inkl.  
22 angemessener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit Wärmelampe) zur  
23 Verfügung stellen. Dies werden wir in einer gesetzlichen Selbstverpflichtung verbindlich  
24 regeln.

25 2. In der Gastronomie wollen wir sicherstellen, dass Babys zukünftig zuverlässig gewickelt  
26 werden können und Eltern dadurch beruhigt zu Gast sein können. Deshalb werden wir die  
27 Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes ändern und zukünftig jene  
28 Gastronomiebetriebe in die Pflicht nehmen, die auch heute schon einer Toilettenpflicht  
29 unterliegen:

30 a) Für Gastronomiebetriebe über 50 m<sup>2</sup> Schank- und Speiseraumgrundfläche oder mit 10 bis 149  
31 Sitzplätzen sehen wir zukünftig einen Wickeltisch in angemessener Beleuchtung und  
32 säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit Wärmelampe vor. Der Wickeltisch kann als  
33 platzsparender Klapptisch ausgeführt werden. Dieser Wickeltisch kann in einem sanitären  
34 Multifunktionsraum ohne Geschlechtertrennung erfüllt werden. Sollte diese Erfüllung in einem  
35 Raum mit Geschlechtertrennung stattfinden, so ist jeweils ein Wickeltisch in den  
36 Räumlichkeiten aller Geschlechter zu erfüllen.

37 b) Für Gastronomiebetriebe mit 150 bis 249 Sitzplätzen sehen wir zukünftig zwei Wickeltische  
38 in angemessener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit jeweils einer  
39 Wärmelampe vor. Dieser Wickeltisch kann in einem sanitären Multifunktionsraum ohne

40 Geschlechtertrennung erfüllt werden. Sollte diese Erfüllung in einem Raum mit  
41 Geschlechtertrennung stattfinden, so ist jeweils ein Wickeltisch in den Räumlichkeiten aller  
42 Geschlechter zu erfüllen, die beiden notwendigen Wickeltische können also aufgeteilt werden.

43 c) Für Gastronomiebetriebe mit 250 Sitzplätzen oder mehr erfolgt die Festsetzung im  
44 Einzelfall , wobei die Regelungen aus 150 bis 249 Sitzplätzen nicht unterschritten werden  
45 dürfen.

46 d) Für Gastronomiebetriebe mit geteilter Toilettenanlage, bspw. in Einkaufszentren , in  
47 Markthallen oder in Bahnhöfen , ist die Anzahl der Einzelsitzplätze bzw. die Schank- und  
48 Speiseraumgrundfläche zu addieren.

49 e) Wir halten für die Erfüllung im Bestand eine Übergangsfrist von 3 Jahren für angemessen.  
50 Für Neubauten oder für Neueröffnungen mit Sanierung der Sanitäreanlagen ist eine  
51 Übergangsfrist ausgeschlossen. Sachlich begründete Ausnahmegenehmigungen , bspw. aus  
52 feuerpolizeilichen Gründen oder aus Gründen des Denkmalschutzes, sind für 25 Jahre in die  
53 Hände der Bezirke zu legen.

54 f) Gastronomiebetriebe, in denen aus Gründen des Jugendschutzes oder des  
55 Nichtraucherschutzgesetzes die Anwesenheit von Säuglingen ausgeschlossen ist, sind von  
56 entsprechenden Vorschriften zu befreien . Mit diesen Maßnahmen werden zukünftig Wickeltische  
57 ein zuverlässiger und berechenbarer Teil des Alltages in Berlin. Gut für das Wohlbefinden,  
58 die Pflege und  
59 die Gesundheit der Babys in unserer Stadt. Darüber hinaus ist dies ein wichtiger Baustein  
60 für eine Stadt, in der Kinder willkommen sind und in der auch Eltern ein Stück Freiheit  
61 wahrnehmen und am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

62 Unterstützer\*innen:

63 Gollaleh Ahmadi, KV Spandau

64 Anne-Kathrin Bachnik, KV Mitte

65 David Braun, KV Tempelhof-Schöneberg

66 Silke Gebel (MdA), KV Mitte

67 Sieglinde Müller, KV Spandau

68 Bärbel Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

69 Peter Schaar, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

70 Petra Vandray, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

## V-07 Die Hälfte der Macht den Frauen!

Antragsteller\*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) u.a.  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Die Hälfte der Macht den Frauen!

2 Wir fordern unsere bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Bundestag dafür  
3 einzusetzen, daß im Parteiengesetz und in den Wahlgesetzen Vorgaben gemacht werden, nach  
4 denen die Parteien bei der Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern zu Volksvertretungen  
5 auf Bundes- Länder- und Kommunalebene eine geschlechtergerechte Parität von Frauen und  
6 Männern gewährleisten.

7 Weitere Antragssteller\*innen

8 Sarkis Bisanz, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
9 Ellis Huber, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
10 Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
11 Susan Drews, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
12 Jenny Wieland, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
13 Christine Rabe, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
14 Dr. Christiane Fry, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
15 Herbert Nebel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf  
16 Heidi Degethoff, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

## Begründung

Der Anteil der Frauen an der Bevölkerung in Deutschland liegt leicht über 50%. Er betrug 2016 50,7%. Dennoch sind Frauen im Deutschen Bundestag in der jetzigen Wahlperiode nur zu 30,9% vertreten, in der 18. Wahlperiode betrug ihr Anteil 37,3%. In der 19. Wahlperiode unterscheidet sich der Frauenanteil bei den einzelnen Fraktionen deutlich. Er beträgt bei

CDU/CSU 20%

SPD 42%

AfD 11%

FDP 23%

Die LINKE 53%

Bü 90/Grüne 58%

(Angaben nach Kürschners Volkshandbuch, 19. Wahlperiode, Stand 18. Dez.2017, S. 58)

Auch in anderen Volksvertretungen sind Männer häufig überrepräsentiert. Es ist darum geboten, in den Parlamenten eine geschlechtergerechte Beteiligung von Volksvertreterinnen und Volksvertretern zu erreichen und dies den Parteien zur gesetzlichen Vorgabe für die Aufstellung ihrer Bewerberlisten zu machen.

V-08 Faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal – wir sorgen für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag

Antragsteller\*in: Andreas Audretsch (KV Neukölln)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal – wir sorgen für gute Arbeit im  
2 öffentlichen Auftrag

3 Die Freiheit und die Möglichkeiten dieser wunderbaren Stadt sind nichts wert, wenn Menschen  
4 unter prekären Verhältnissen arbeiten müssen, wenn das Einkommen kaum dafür reicht, die  
5 Miete zu zahlen, wenn Arbeitsbedingungen und Personalsituation so schlecht sind, dass es nur  
6 darum geht den Betrieb irgendwie aufrecht zu halten. Viel zu viele Menschen in Berlin  
7 arbeiten unter genau solchen Bedingungen – eine Situation, die wir Grüne nicht hinnehmen.

8 Wir sind im Wahlkampf 2016 angetreten, die Arbeitsbedingungen von Menschen in Berlin zu  
9 verbessern. Einen besonderen Fokus haben wir dabei auf all diejenigen, die im öffentlichen  
10 Auftrag arbeiten und abhängig von öffentlicher Finanzierung sind. Die Beschäftigten in den  
11 Krankenhäusern der Stadt, bei den Trägern Sozialer Arbeit, die Wissenschaftler\*innen an  
12 unseren Hochschulen, die Künstler\*innen, die unsere Stadt erst zur Weltstadt machen, die  
13 Menschen, die in den Volkshochschulen und Musikschulen vor Ort für Kultur und Bildung  
14 sorgen, die Lehrer\*innen und Mitarbeiter\*innen an unseren Schulen, die Polizist\*innen und  
15 Feuerwehrleute. All diesen Menschen sind wir in ganz besonderer Weise verpflichtet. Wir  
16 haben diese Verpflichtung angenommen und schon viel erreicht. Gleichzeitig wissen wir, es  
17 bleibt viel zu tun. Wir gehen es an!

18 Gute Arbeit in der Pflege – mehr Pflegepersonal für Berlins Krankenhäuser

19 Im Bundestagswahlkampf 2017 war es eines der großen Themen – der Pflegenotstand in  
20 Deutschland. Und das Problem von Fachkräfteengpässen bei Pflegekräften – sei es in der  
21 Krankenhaus- oder Altenpflege – bleibt bestehen und wird sich weiter verschärfen. Wir  
22 brauchen daher einen Strukturwandel in der Pflege und deren Finanzierung. Ein wichtiger  
23 erster Schritt war es, die Ausbildung kostenfrei zu stellen. Denn klar ist: Wir brauchen  
24 mehr Personal auf den Stationen, gut ausgebildete Pflegekräfte, bessere Arbeitsbedingungen  
25 und eine bessere Bezahlung, um den Beruf attraktiver zu machen. Vereinbarkeit von Familie  
26 und Beruf ist in einem immer noch stark weiblich dominierten Arbeitsfeld, das außerdem oft  
27 von Schichtarbeit geprägt ist, ein echtes Problem. Um so dringend benötigtes, zusätzliches  
28 Personal einzustellen, müssen die Aus- und Fortbildungskapazitäten deutlich ausgebaut und an  
29 den Bedarf angepasst werden. Wir brauchen außerdem einen niedrighschwelligen Einstieg für  
30 Menschen, die Interesse an Pflegeberufen haben, aber zunächst die formalen Voraussetzungen  
31 für eine Ausbildung nicht erfüllen. Mit dem Erwerb von Teilqualifikationen soll der Weg zum  
32 Berufsabschluss ermöglicht werden. Auch wollen wir Fachkräfte, die den Beruf verlassen  
33 haben, zurück gewinnen. Ein Weg zu mehr Personal ist auch die schnellere und  
34 unbürokratischere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen sowie eine gezielte  
35 Werbung für den Pflegeberuf unter Geflüchteten und sogenannten Menschen mit  
36 Migrationshintergrund. Gleichzeitig ist dies eine Chance für mehr interkulturelle Öffnung  
37 der Krankenhäuser und Altenpflege.

38 Blickt man auf die Situation in den Krankenhäusern wird schnell klar: Viele so dringend  
39 benötigte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation können nur bundesrechtlich umgesetzt  
40 werden. Das Finanzierungssystem der Krankenhäuser über Fallpauschalen (DRGs) setzt auf einen  
41 Rationalisierungsdruck, der viel zu häufig auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen wird.

42 Das spüren Menschen in der Pflege, aber auch andere Beschäftigte. Ob die outgesourceten  
43 Physiotherapeut\*innen bei Vivantes, oder all jene, die als nicht am Krankenbett Arbeitende  
44 von der Charité vor etlichen Jahren in die Charité Facility Management (CFM) geschoben  
45 wurden.

46 Viele der Probleme müssen auf Bundesebene angegangen werden, es gibt aber auch Spielraum auf  
47 Landesebene. So wird die CFM zum 1.1.2019 hundertprozentige Tochter der Charité, die  
48 privaten Anteilseigner werden ‚herausgekauft‘. Am wichtigsten ist dabei, dass es nach  
49 Monaten der Auseinandersetzung eine Tarifvereinbarung gibt, die den politisch vereinbarten  
50 Mindestlohn von 11 € umsetzt.

51 Als Rot-Rot-Grüne Koalition haben wir die Investitionen in die Berliner Krankenhäuser auf  
52 den Bundesdurchschnitt erhöht, damit haben wir eine Trendwende eingeleitet und werden diesen  
53 Weg auch weiter beschreiten. Unser Ziel ist es, den Investitionsstau von 2,1 Milliarden Euro  
54 aus den letzten 20 Jahren abzarbeiten.

55 Wir begrüßen es, dass der „Volksentscheid Gesunde Krankenhäuser“ zentrale Punkte wie nötige  
56 Investitionen und eine bessere Personalausstattung adressiert – insbesondere vor dem  
57 Hintergrund der Versäumnisse vergangener Jahre. Genau wie den Initiator\*innen geht es uns um  
58 mehr Zeit für die Pflege, um Anerkennung für den Pflegeberuf und damit um mehr  
59 Menschlichkeit und Qualität im Umgang mit den Patient\*innen. Hierfür fordern wir eine  
60 eindeutige Personalbemessung für Pflegekräfte und andere Berufsgruppen in Krankenhäusern.  
61 Dabei loten wir auch einen breiten Ansatz aus: In NRW und im Saarland werden beispielsweise  
62 verbindliche Personaluntergrenzen für alle Fachkräfte auf Landesebene diskutiert, um zu  
63 vermeiden, dass Lücken an anderer Stelle entstehen. Einzelne Branchen singulär  
64 rauszugreifen, könnte zu Lücken an anderen Stellen führen. Wir verfolgen die Diskussionen in  
65 anderen Bundesländern und fordern Dilek Kolat, Senatorin für Gesundheit und Pflege auf,  
66 konkrete Vorschläge für das Land Berlin zu unterbreiten.

67 Gute Arbeit in der Wissenschaft

68 Wir sind angetreten für einen Paradigmenwechsel bei den Arbeitsbedingungen in der  
69 Wissenschaft. Uns ist klar, dass wir uns hiermit viel vorgenommen haben, doch wichtige  
70 Schritte sind bereits gemacht: Im Haushalt haben wir durchsetzen können, dass der  
71 Landeszuschuss für die Hochschulen für die laufenden Hochschulverträge (2018 bis 2022) um  
72 3,5 Prozent pro Jahr erhöht wird. Das ist viel Geld, das wir, im Gegensatz zu früheren  
73 Hochschulverträgen, explizit mit normativen Vorgaben wie dem Thema „gute Arbeit in der  
74 Wissenschaft“ verknüpft haben. Wir sorgen dafür, bisherige Befristungen und prekäre  
75 Beschäftigung abzulösen und wollen gute Arbeitsbedingungen wieder zur Regel machen.  
76 Ausnahmen darf es nur in Einzelfällen geben, wenn diese aus rechtlichen, wissenschaftlichen  
77 oder organisatorischen Gründen sinnvoll sind. In den Hochschulverträgen haben wir verankert:  
78 „Für strukturelle Daueraufgaben werden Dauerstellen geschaffen.“ An den Fachhochschulen  
79 bedeutet dies auch die Schaffung eines wissenschaftlichen Mittelbaus für exzellente  
80 wissenschaftliche Arbeit. Geld haben wir mit den Hochschulverträgen und im Doppelhaushalt  
81 bereitgestellt, die Vorgaben in den Verträgen sind klar. Nun geht es für die Hochschulen um  
82 die konkrete Umsetzung – wir werden sie konstruktiv, aber auch kritisch begleiten. Dazu  
83 gehört auch, dass wir sehr genau hinsehen, wenn die komplexe Rechtslage zu Befristungen im  
84 Wissenschaftsbereich, aber auch zu ‚Familienkomponente‘ und Vertragsdauern für Eltern und  
85 Pflegende, kreativ gegen die Interessen der Beschäftigten ausgelegt werden sollen.

86 Die Situation der etwas mehr als 8.000 studentischen Mitarbeiter\*innen an den Berliner  
87 Hochschulen macht uns Sorgen. Seit 2016 laufen die Tarifverhandlungen zur Anpassung bzw. zum  
88 Neuabschluss des Tarifvertrages für studentische Mitarbeiter\*innen. Der aktuelle  
89 Tarifvertrag wurde im Jahr 2002 geschlossen, eine Anpassung an die enorm gestiegenen

90 Lebenserhaltungskosten ist aus unserer Sicht überfällig. Wir halten die Streiks der  
91 Studierenden in den vergangenen Monaten für legitim und unterstützen die Studierenden. Die  
92 konkrete Ausgestaltung einer Neureglung ist Aufgabe der Tarifparteien. Wir fordern beide  
93 Seiten jedoch auf, zügig zu einer Einigung zu kommen, mit der die Situation der  
94 studentischen Mitarbeiter\*innen an den Berliner Hochschulen maßgeblich verbessert wird.  
95 Langfristig wollen wir einen Tarifvertrag für alle Beschäftigten der Hochschulen, bei dem  
96 die studentischen Beschäftigten inbegriffen sind. Notwendig ist dabei, die Aufgabenbereiche  
97 studentischer Beschäftigter und die Zielsetzung studentischer Erwerbstätigkeit an  
98 Hochschulen im Verhältnis zu den Tätigkeiten des restlichen Hochschulpersonals klarer zu  
99 definieren. Studierende, die an Hochschulen und anderswo, neben ihrem Studium Aufgaben  
100 verrichten, die im Regelfall von Beschäftigten nach TV-L ausgeübt werden, sollten  
101 perspektivisch auch entsprechend eingruppiert und bezahlt werden.

#### 102 Gute Arbeit in Musikschulen und Volkshochschulen

103 Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Linken und Grünen haben wir festgelegt, dass an  
104 Musikschulen und Volkshochschulen bei „dauerhaftem Tätigkeitsbedarf Honorarverträge in  
105 Arbeitsverträge umgewandelt [werden], mit dem Zwischenziel von mindestens 20 Prozent  
106 Festangestellten bis 2021. Für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte will die Koalition eine  
107 tarifvertragliche Regelung abschließen. Wir Grüne stehen zu diesen Zielen!

108 In den Haushaltsberatungen zum aktuellen Doppelhaushalt haben wir erreichen können, dass 1,2  
109 Millionen Euro im Jahr zusätzlich für die Berliner Musikschulen eingestellt wurde. Damit  
110 erreichen wir bereits 2018/2019 das im Koalitionsvertrag festgeschriebene 20-Prozent-Ziel  
111 bei Festanstellungen an den Berliner Musikschulen – ohne das Angebot automatisch  
112 einzuschränken oder zu verteuern. Dies kann aber nur ein Anfang sein! Denn die konkrete  
113 Umsetzung in den Bezirken steht teilweise noch aus. Und im Bundesvergleich hat Berlin mit 20  
114 Prozent Festangestellten zwar aufgeholt, ist aber immer noch Schlusslicht. Ein Bericht, der  
115 bis zum 30. September 2019 durch die Senatsverwaltung für Kultur vorzulegen ist, soll  
116 Auskunft über den Fortschritt geben. Wir bleiben dran! Auch für die Volkshochschulen haben  
117 wir schon viel erreichen können. So haben wir die Dozent\*innen in Sprachkursen, die aus  
118 Landesmitteln bezahlt werden, an die Honorare derer, die aus Bundesmitteln bezahlt werden,  
119 angeglichen. Mittelfristig arbeiten wir auf eine Besserstellung aller VHS-Dozent\*innen hin.

120 Auch eine tarifvertragliche Regelung für arbeitnehmerähnliche Beschäftigte in den  
121 Musikschulen streben wir weiter an. Wir begrüßen daher, dass die Gewerkschaft ver.di Berlin-  
122 Brandenburg und die Deutsche Orchestervereinigung (DOV) eine Tarif- und  
123 Verhandlungskommission gebildet und den Berliner Kultursenator Klaus Lederer zu  
124 Tarifverhandlungen für die Musikschulen aufgefordert hat. Bisher werden solche  
125 Tarifverhandlungen von der Tarifgemeinschaft der Länder blockiert. Vorstandsvorsitzender der  
126 Tarifgemeinschaft ist aktuell der Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen. Wir fordern  
127 ihn auf, sich weiter dafür einzusetzen, den Weg für Tarifverhandlungen frei zu machen.  
128 Parallel fordern wir den Kultursenator auf, zumindest die Honorarsätze über die  
129 Ausführungsvorschriften zu verbessern und dazu konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

#### 130 Gute Arbeit für Kunst- und Kulturschaffende

131 Kunst und Kultur prägen das Bild Berlins in ganz Deutschland und weit darüber hinaus. Die  
132 Arbeitsbedingungen und Einkommen der Künstler\*innen und Kulturschaffenden in der Stadt sind  
133 aber in vielen Fällen äußerst prekäre. Wir sind angetreten, das zu ändern. Im Doppelhaushalt  
134 2018/2019 wurden erstmals seit langem wieder Tarifsteigerungen bei Kultureinrichtungen und  
135 der Projektförderung als struktureller Mehrbedarf anerkannt und finanziell ausgeglichen.  
136 Dies hat ganz konkret höhere Zuweisungen zur Folge und damit eine bessere Vergütung für  
137 Kulturschaffende in Berlin – ohne dass Institutionen und freie Szene dafür bei den

138 Programmmitteln sparen mussten. In einem zweiten Schritt müssen Lösungen für die  
139 Einrichtungen, Projekte und Gruppen gefunden werden, die ohne Festangestellte und  
140 Tarifverträge arbeiten.

141 Bei Mindesthonoraren ist und bleibt Berlin bundesweite Vorreiterin. Was im Bereich der  
142 Darstellenden Kunst und bei den Ausstellungshonoraren für Bildende Künstler\*innen bereits  
143 ganz gut funktioniert, wollen wir auf weitere Sparten und Förderprogramme ausweiten. Dabei  
144 werden wir prüfen, ob die bisherigen „Empfehlungen“ der Kulturverwaltung gegenüber Jurys und  
145 Zuwendungsempfängern zu verbindlichen Regelungen weiterentwickelt werden sollten.  
146 Mittelfristig braucht es Honoraruntergrenzen differenziert nach Tätigkeitsfeldern – denn  
147 auch innerhalb ein und derselben Sparte kann sich künstlerische Arbeit in punkto Arbeitszeit  
148 und -aufwand oder bei der dafür notwendigen Qualifikation stark unterscheiden. Wir setzen  
149 uns außerdem für eine Dynamisierung der bestehenden Honorarempfehlungen ein – analog zur  
150 allgemeinen Tarifentwicklung und Teuerung. Wenn die Mieten und Lebenshaltungskosten in der  
151 Stadt steigen, muss sich das auch in der Entlohnung von Berlins Künstler\*innen  
152 widerspiegeln!

153 Gute Arbeit im Landesdienst: Feuerwehrleute, Polizist\*innen oder Lehrer\*innen – sie  
154 verdienen mehr

155 Wer für unsere Stadt arbeitet hat gute Arbeitsbedingungen, ausreichend viele Kolleg\*innen  
156 und eine gute Entlohnung verdient. Das sind wir den Menschen schuldig, die für uns ihren  
157 Dienst tun. Das sind wir aber auch den Berliner\*innen schuldig, die gute Leistungen  
158 erwarten, die es ohne gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung nicht geben kann.

159 Wir haben uns der Aufgabe gestellt und wichtige Schritte gemacht: Mit dem Haushaltsentwurf  
160 2018/2019 geht die größte personelle Verstärkung der Berliner Justiz seit 25 Jahren einher.  
161 Wir werden 243 zusätzliche Stellen schaffen und die Ausbildungskapazitäten ausbauen – eine  
162 Trendwende für die Berliner Justiz. Die Polizei wird mit 800 neuen Stellen für die Jahre  
163 2018/2019 deutlich aufgestockt. Auch die Feuerwehr wird personell um 324 Stellen erweitert.  
164 Um den Polizei- und Feuerwehrberuf attraktiver zu gestalten, ist es erforderlich, den  
165 Beförderungsstau abzubauen. Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 haben wir darum beschlossen,  
166 dass 1.990 Stellen der Besoldungsgruppe A9 der Polizei (für 4,8 Millionen Euro) und bei der  
167 Feuerwehr 496 Stellen der Besoldungsgruppe A8 (für 1,3 Millionen Euro) umgewandelt werden.

168 Gute Arbeit heißt auch gutes Material. Darum bringen wir die Ausstattung der Polizei auf den  
169 neusten Stand. Anfang 2018 haben wir alle Polizist\*innen mit modernen  
170 Ausrüstungsgegenständen ausgestattet. Konkret in der Planung ist, die Wachen und  
171 Schießstände zu sanieren, dazu haben wir 20 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, und fünf  
172 neue Einsatztrainingszentren zu errichten. Auch bei der Feuerwehr wird es mehr Geld für die  
173 Sanierung von Wachen geben (12 Millionen Euro) sowie ein Sondersanierungsprogramm für die  
174 Wachen der Freiwilligen Feuerwehr für 10 Millionen Euro.

175 Gute Arbeit geht nur mit guter Bezahlung. Auch hier haben wir erste wichtige Schritte  
176 gemacht. Unser Ziel ist die Angleichung der Besoldung und Versorgung der Beamten des Landes  
177 Berlin an den Durchschnitt aller Bundesländer in Deutschland. Bis 2021, bis zum Ende der  
178 laufenden Legislaturperiode, wird die Beamtenbesoldung wie geplant den Durchschnitt der  
179 Bundesländer erreichen. Die Voraussetzungen haben wir geschaffen. Jetzt geht es darum, die  
180 Pläne konkret umzusetzen. Wir Grüne stehen dafür ein. Die Beamtinnen und Beamten in Berlin  
181 können sich darauf verlassen.

182 Auch für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte in Berlin haben wir schon einiges erreicht: Seit  
183 dem Sommer 2017 erhalten alle nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz ausgebildeten  
184 Grundschullehrkräfte den gleichen Lohn wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den Oberschulen

185 (Anhebung von E11 auf E13). Alle ‚alten‘ Grundschullehrkräfte, deren Studium und  
186 Referendariat noch der alten Regelung folgte und somit kürzer war, sollen ab 2019 von den  
187 Verbesserungen profitieren (rund 6.500 Lehrkräfte/ca. 32 Mio. Euro ab 2019). Wir Grüne haben  
188 Druck gemacht und die Berliner Politik hat verstanden: Eine gute Grundschule ist der  
189 Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Kinder.

190 Gute Arbeit in landeseigenen Betrieben und Beteiligungsunternehmen

191 Der rot-rot-grünen Koalition ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Angestellten im  
192 unmittelbaren Verantwortungsbereich des Landes in gesicherten, verlässlichen und sozialen  
193 Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Befristungen ohne Sachgrund widersprechen dem  
194 Anspruch an gute Arbeit und soziale Arbeitsbedingungen, für die rot-rot-grün stehen. Wir  
195 nehmen auch die Töchter der Landesunternehmen in den Blick, wenn es darum geht, faire  
196 Tariflöhne zu zahlen. Wir verpflichten die Zuwendungsempfänger (vor allem in der Sozialen  
197 Arbeit und Arbeitsmarktförderung läuft fast alles über sie), sich mindestens in der  
198 Gehaltshöhe an adäquaten Tarifverträgen zu orientieren, wenn sie nicht ohnehin einen  
199 Tarifvertrag abgeschlossen haben. Genauso erwarten wir dies selbstverständlich auch von den  
200 Landesunternehmen und Beteiligungen. Für beides ist das nötige Geld in den Landeshaushalt  
201 eingestellt worden – die alte Ausrede „Kein Geld da“ gilt nicht mehr!

202 Das Land Berlin und der öffentliche Dienst als Arbeitgeber müssen eine Vorbildfunktion für  
203 gute Arbeit einnehmen und so auch korrigierend auf den Berliner Arbeitsmarkt einwirken.  
204 Daher haben wir im Berliner Abgeordnetenhaus einen Beschluss herbeigeführt, der die  
205 landeseigenen Betriebe und Beteiligungsunternehmen zukünftig in die Pflicht nimmt, auf  
206 sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen zu verzichten.

207 Wir werden das Thema auch darüber hinaus weiter vorantreiben – unter anderem auch in  
208 Richtung der Jobcenter. Denn dort gibt es noch viele Arbeitsverträge die sachgrundlos  
209 befristet sind. Hier wird der Schaden von sachgrundlosen Befristungen deutlich: Ständig  
210 müssen neue Mitarbeiter\*innen eingearbeitet werden, ständig geht wertvolles Wissen und  
211 Kontinuität verloren. Das ist fatal, denn wir brauchen in den Jobcentern qualifizierte und  
212 gut eingearbeitete Arbeitskräfte, insbesondere auch in der aktuellen Situation, in der es um  
213 die so wichtige Arbeitsmarktintegration langzeiterwerbsloser und geflüchteter Menschen geht.  
214 Diese Menschen sind auf die Institution Jobcenter und die Qualität der Arbeit angewiesen.

215 Wir sagen Prekarität und schlechten Arbeitsbedingungen in Berlin den Kampf an. Wir haben  
216 Wort gehalten und wichtige Schritte in die Wege geleitet. Aber viel wichtiger ist: Heute  
217 erneuern wir unser Versprechen. Wir kämpfen weiter für gute Arbeit. Wir bleiben dran. Berlin  
218 hat nur eine gute Zukunft für alle, wenn die Stadt zur Hauptstadt guter Arbeit wird. Mit uns  
219 Grünen haben die Berliner\*innen im Kampf dafür einen starken Partner.

220 Unterstützer\*innen:

221 Sabine Bangert (KV Steglitz-Zehlendorf), Catherina Pieroth (KV Tempelhof-Schöneberg), Fatos  
222 Topac (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Anja  
223 Schillhaneck (Abt. Wissenschaft), Lucas Hoewner (LAG Wissenschaft), Annika Gerold (KV  
224 Friedrichshain-Kreuzberg), Philmon Ghirmai (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln)

## V-09 Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung für Berlins Beamt\*innen einführen

Antragsteller\*in: Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft), André Schulze (KV Neukölln), Andreas Audretsch (KV Neukölln), Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

### 1 Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung für Berlins Beamt\*innen einführen

2 Die gesetzliche Krankenversicherung ist ein solidarisches System, an dem wir GRÜNE  
3 langfristig alle Versicherten beteiligen wollen. Die Grundidee, Beiträge nach  
4 wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu staffeln und nicht nach Risikoklassen, halten wir für  
5 eines der wichtigsten Merkmale dieses Solidarsystems. Deswegen fordern wir Grüne auch seit  
6 längerem die solidarische Bürger\*innenversicherung – von allen und für alle.

7 Die dazu nötigen Reformen und Gesetzesänderungen müssten auf Bundesebene geschehen. Eine  
8 politische Mehrheit für eine echte Bürger\*innenversicherung für alle ist dort aber leider  
9 nicht in Sicht. Mit Rot-Rot-Grün regieren auf Landesebene jedoch drei Parteien, die das Ziel  
10 einer Krankenversicherung für alle eint. Deshalb hat Berlin auch vergangenes Jahr eine  
11 Bundesratsinitiative eingebracht, mit dem Ziel die Gesundheitsversorgung gerechter zu  
12 machen, unter anderem durch einen besseren Zugang für Beamt\*innen zur gesetzlichen  
13 Krankenversicherung. So steht es auch im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag.

### 14 Wahlfreiheit gewähren

15 Beamt\*innen haben derzeit de facto keine Wahl. Bei freiwilliger gesetzlicher Versicherung  
16 zahlen sie ihren Versicherungsbeitrag vollständig selbst – also sowohl den  
17 Arbeitnehmer\*innen- als auch den Arbeitgeber\*innenanteil von zusammen mindestens 14,6% des  
18 Bruttoeinkommens. Damit ist die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für die meisten  
19 Beamt\*innen teurer als die Kombination aus Beihilfe und privater Krankenversicherung (PKV).  
20 Dies führt dazu, dass ein Großteil der Beamt\*innen in der privaten Krankenversicherung  
21 versichert ist, obgleich es auch durchaus einige freiwillig gesetzliche Versicherte gibt.  
22 Für die privaten Krankenversicherer ist das ein gutes Geschäft: Circa die Hälfte der PKV-  
23 Versicherten sind Beamt\*innen. Somit garantiert der Staat mit der bisherigen Regelung ein  
24 Großteil des Geschäfts der PKV-Vollversicherung.

25 Anders als bei der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Beiträge der PKV-  
26 Vollversicherung im Regelfall nicht nach Einkommen, sondern nach Risiko festgelegt. Und die  
27 beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und gegebenenfalls Partner\*in ist ebenfalls nur in  
28 der GKV garantiert. Rechnen tut sich die freiwillige Versicherung in der GKV also nur für  
29 einige wenige Beamt\*innen derzeit: insbesondere jene Beamt\*innen, die durch Vorerkrankungen  
30 einen hohen Aufschlag in der PKV zahlen müssten oder die viele Kinder haben, die sie in der  
31 PKV separat versichern müssten. Ausgerechnet diese beiden Gruppen werden dabei durch die  
32 momentane Regelung sogar schlechter gestellt als wenn sie Angestellte wären, da sie den  
33 gesamten GKV-Beitrag tragen müssen, aber es für sie keinen bezahlbaren Weg in die PKV gibt.

34 Wir GRÜNE wollen den Berliner Beamt\*innen deshalb zukünftig Wahlfreiheit geben: Wenn sie  
35 sich gesetzlich krankenversichern sollen sie einen Zuschuss analog des Arbeitgeberbeitrags  
36 für Angestellte erhalten. Der Beihilfeträger, also das Land, soll künftig analog zum Modell  
37 in Hamburg eine pauschalierte Beihilfe in Höhe des Arbeitgeberanteils an alle neuen  
38 Beamt\*innen und die ohnehin gesetzlich versicherten Beamt\*innen zahlen.

39 Der Stadtstadt Hamburg macht es seit kurzem vor. Dort wird allen Neu-Beamt\*innen sowie allen  
40 bereits freiwillig gesetzlichen versicherten Beamt\*innen eine Pauschale als GKV-  
41 Arbeitgeberanteil gewährt. Damit ist für diese beiden Gruppen schon heute echte Wahlfreiheit  
42 garantiert. Für eine vollständige Umsetzung für sämtliche Landes-Beamt\*innen wäre eine  
43 Änderung im 5. Sozialgesetzbuch notwendig, die nur auf Bundesebene erfolgen kann.

44 Für finanzielle Nachhaltigkeit sorgen

45 Das Beihilfesystem war einmal ein günstiges Finanzierungsmodell, das eine Beteiligung an der  
46 Solidargemeinschaft zudem außer Acht ließ, aber mittlerweile stellen die steigenden Ausgaben  
47 eine Belastung für die öffentlichen Haushalte dar. Das hängt auch damit zusammen, dass viele  
48 geburtenstarken Jahrgänge nun in Pension gehen. In Bund und Ländern steigen die  
49 Beihilfeausgaben stark an. Das bedeutet auch eine Belastung für künftige Steuerzahler\*innen.

50 Eine Wahlfreiheit wird sich langfristig für alle Versicherten auszahlen. Verschiedene  
51 Studien und Expert\*innen rechnen bei der Einführung einer Wahlfreiheit mit kurzfristig  
52 steigende Ausgaben, jedoch langfristig mit deutlichen Einsparungen und geringeren Beiträgen  
53 für die Versicherten. Unmittelbare Vorteile ergeben sich auch für Beamt\*innen mit geringer  
54 Besoldung und Vorerkrankungen, für die die Private Krankenversicherung eine hohe finanzielle  
55 Belastung darstellt. Gerade diese Gruppe ist aber im bisherigen System aber auch klar  
56 benachteiligt und bedarf ohnehin einer Besserstellung. Durch den Wegfall der  
57 Beihilfeabrechnungen hätte eine solche Umstellung außerdem noch den positiven Nebeneffekt,  
58 Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

59 Rot-Rot-Grün geht voran

60 Auch wenn es verhältnismäßig kleine Stellschrauben sind, die auf Landesebene gedreht werden  
61 können, sollte Berlin nachziehen. Wir GRÜNE wollen eine solidarische und nachhaltige  
62 Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme, eine Haushaltspolitik mit Weitsicht und  
63 deshalb in Berlin erste, wenn auch kleine Schritte zu einer echten Bürger\*innenversicherung  
64 gehen.

65 Unser langfristiges Ziel – eine solidarische Krankenversicherung für alle – lässt sich nicht  
66 auf Landesebene lösen. Aber für Schritte in die richtige Richtung müssen wir nicht auf  
67 Mehrheiten im Bund warten. Lasst uns in Berlin einfach mit gutem Beispiel vorangehen.

## V-10 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller\*in: Leonie Köhler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

2 Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden.

3 Die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) zielt auf einen Boykott des jüdischen  
4 und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer\*innen, Wissenschaftler\*innen und  
5 Künstler\*innen ab. Die in ihr und durch sie vertretenen Positionen und Forderungen  
6 delegitimieren und dämonisieren Israel und weisen damit einseitig Jüdinnen\*Juden die Schuld  
7 für jegliche Übel in der Region zu.

8 Mit dem Aufruf keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die  
9 Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne bewusst die  
10 Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische Konflikt geregelt werden soll, halten  
11 wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt sie sich dem Verdacht aus, den  
12 Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt ihrerseits dazu bei, die Zwei-  
13 Staaten-Perspektive zu untergraben.

14 Die Antisemitischen Übergriffe die unter dem Banner der BDS Kampagne passieren verurteilen  
15 wir aufs schärfste.

16 Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu  
17 einer offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle Bestrebungen der  
18 BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs- und  
19 Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment und  
20 Sanktionen zu verhindern.

21 Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-  
22 Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir, analog zu den Landesverbänden Bayern  
23 und Bremen, sowie dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre  
24 Gliederungen sowie Campusgrün auf, nicht mit BDS zusammenzuarbeiten. Insbesondere fordern  
25 wir die Petra-Kelly-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung auf, jegliche Zusammenarbeit  
26 sowie finanzielle oder logistische Unterstützung mit und von BDS-Gruppen einzustellen und  
27 auch in Zukunft zu unterlassen.

28 Unterstützer\*innen:

29 GRÜNE JUGEND Berlin, Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Daniela Ehlers (KV  
30 Lichtenberg), Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick), June Tomiak (KV Kreisfrei), Sarkis  
31 Bisanz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg),  
32 Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Jana Brix (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),  
33 Ricarda Lang (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Louisa Hattendorff (KV Kreisfrei), Gideon Müller  
34 (KV Tempelhof-Schöneberg), Paul Meyer-Dunker (KV Lichtenberg), Annkatrin Esser (KV  
35 Tempelhof-Schöneberg), Hivanu (KV Steglitz-Zehlendorf), Deborah Küthmann (KV Tempelhof-  
36 Schöneberg), Sebastian Weise (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Jonathan Wiegers (KV  
37 Charlottenburg-Wilmersdorf), Jörg Schwensen (KV Steglitz-Zehlendorf), Susanne Mertens (KV  
38 Steglitz-Zehlendorf), Heike Mewis (KV Steglitz-Zehlendorf), Mona Noe (KV Charlottenburg-  
39 Wilmersdorf)

## V-10 NEU Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Leonie Köhler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),  
Ankatrin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg), Paul Meyer Dunker (KV  
Lichtenberg), Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

2 Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden.

3 Die internationale Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) fordert einen Boykott des  
4 jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer\*innen, Wissenschaftler\*innen  
5 und Künstler\*innen. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen  
6 Vorfällen und antisemitischen Angriffen. Dies verurteilen wir aufs schärfste. Auch in Berlin  
7 gibt es Veranstaltungen der BDS-Kampagne.

8 Dass die BDS-Kampagne bewusst die Frage offen hält, wie der israelisch-palästinensische  
9 Konflikt geregelt werden soll, halten wir für politisch falsch und schädlich. Damit setzt  
10 sie sich dem Verdacht aus, den Fortbestand des Staates Israel nicht zu wollen und trägt  
11 ihrerseits dazu bei, die Zwei-Staaten-Perspektive zu untergraben.

12 Deshalb positioniert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin im Sinne ihres Bekenntnisses zu einer  
13 offenen Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus klar gegen alle antisemitischen  
14 Bestrebungen der BDS-Kampagne und führen in Zukunft, nach ihren Möglichkeiten, Aufklärungs-  
15 und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der Forderungen nach Boykott, Desinvestment  
16 und Sanktionen zu verhindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin lehnen einen Boykott Israels als  
17 Instrument deutscher und europäischer Politik ab.

18 Wir wollen mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich friedlich  
19 für eine Zwei-Staaten-Regelung und einen lebensfähigen palästinensischen Staat in Gaza und  
20 der Westbank einsetzen. In der Frage des Existenzrechts und der Sicherheit Israels darf es  
21 keine Uneindeutigkeit geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin stehen ohne Wenn und Aber zum  
22 Existenzrecht Israels als unabdingbarem Bestandteil einer Zwei-Staaten-Regelung und damit  
23 einer friedlichen gleichberechtigten Regelung des Nahostkonfliktes, entsprechend der  
24 Beschlüsse der BDK und des Bundesvorstandes.

25 Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-  
26 Kampagne und antisemitischen Akteur\*innen der Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus  
27 fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen auf nicht mit der BDS Kampagne  
28 zusammenzuarbeiten und sich inhaltlich mit ihr auseinanderzusetzen um sie entschieden  
29 zurückzudrängen. Wir erwarten von politisch tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im  
30 Bewusstsein unserer historischen Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen  
31 Regierung berechnete Kritik üben. In Deutschland generell israelische Waren, Künstler\*innen  
32 und Wissenschaftler\*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis  
33 und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen Verantwortung in  
34 keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner\*innen, die gemeinsam mit uns für eine  
35 emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten.

36 Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall –  
37 Jüdinnen\*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin\*Jude auftreten, mit  
38 Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist  
39 dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in

40 Juden\*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische  
41 Einstellungen sind quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag  
42 der Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der Jüdinnen\*Juden, sondern geht  
43 uns alle an.

44 Eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der ohnehin  
45 problematischen polizeilichen ‚Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken‘ ist längst  
46 überfällig. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur  
47 Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.

## V-11 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antragsteller\*in: LAG Bündnisgrüne Christ\*innen  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

- 1 Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen
- 2 Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des 31.
- 3 Oktober -Reformationstag- in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen
- 4 Feiertag ein.

## Begründung

Mit diesem Antrag greift die LAG die Gesetzgebungsinitiativen aus drei norddeutschen Bundesländern (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein) mit grüner Regierungsbeteiligung auf, die alle am Anfang dieses Jahres die Einführung des Reformationstags als gesetzlichen Feiertag beschlossen haben bzw. es noch beabsichtigen. Zudem will auch Niedersachsen sich dieser Initiative anschließen. Zudem haben alle Ostdeutschen Bundesländer (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bereits seit längerem den Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag erklärt).

Warum also auch Berlin:

Die Berliner Stadtgeschichte ist durch die Impulse der Reformation nachhaltig geprägt worden. Reformation in Berlin bedeutet auch immer die jahrhundertlange Einwanderung von Glaubensflüchtlingen in unsere Stadt. Untrennbar ist dies mit dem Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685 (Potsdamer Toleranzedikt) verbunden. Durch dieses Edikt erlaubte der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm, im Gegensatz zur evangelisch-lutherischen Bevölkerungsmehrheit selber Calvinist, den Hugenotten aus Frankreich sich in Brandenburg niederzulassen. Die Neuankömmlinge führten schon damals zu einer Pluralität und Vielfalt der Bekenntnisse. Bis heute ist diese sichtbar. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Berlin eine besonders vielfältige Glaubens- und Weltanschauungslandschaft. Außer der evangelischen Landeskirche und dem Berliner Erzbistum besitzen noch mehr als zwei Dutzend Freikirchen und weitere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Berlin den Körperschaftsstatus. All dies steht ebenso in direkter Verbindung mit der Reformation wie die sprichwörtliche Berliner religiöse Toleranz, wonach jeder nach seiner Fassung selig werden soll.

Gerade in Zeiten, wie den heutigen, ist die Rückbesinnung auf solche Stadttraditionen der religiösen Toleranz und der Aufnahme von Flüchtlingen wichtig und kann durch die Reformation als gesetzlichem Feiertag zum Ausdruck gebracht werden.

Unabhängig von religiösen oder konfessionellen Überzeugungen ist die Reformation ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Sie ist ein historisches Ereignis, das für einen Aufbruch in vielen gesellschaftlichen Bereichen steht. Sie war eine frühe Emanzipationsbewegung. Indem Luther im Gottesdienst die deutsche Sprache einführte, wurden die Gottesdienste verständlich und die Menschen konnten zum ersten Mal die Predigten hinterfragen. Dies war ein epochaler Paradigmenwechsel zu einer selbstbestimmten Religiosität und zur gesellschaftlichen Aufklärung insgesamt. Die Idee des „Ich“ und des Menschen als vernunftbegabtem Wesen erfuhr hierdurch einen ersten Durchbruch, wenn auch vorerst nur im Bereich der Religion. Aber es war eine bedeutende Wegmarke in der gesellschaftspolitischen Entwicklung Europas und damit auch in Deutschland, die heute in unsere modernen und aufgeklärten Rechtsstaaten führten.

Reformation ist auch mit einer technischen Revolution untrennbar verbunden, nämlich dem Buchdruck.

Durch den Buchdruck wurden Bücher für eine breitere Allgemeinheit erschwinglich und dies führte zu einer Demokratisierung des Wissens.

Reformation steht für gesellschaftliche Umwälzung, Revolution und das Hinterfragen des Bestehenden. Und auch die Reformation selbst wurde in diesem Bewusstsein hinterfragt.

Das Reformationsfeiern und das Aufarbeitung der dunklen Seiten von Luthers Lehre kein Widerspruch sind hat die Art und Weise gezeigt, wie die evangelische Kirchen im letzten Jahr 500 Jahre Reformation begangen hat. Luthers Antisemitismus wurde ebenso benannt wie dessen Folgen und der zeitgeschichtliche Kontext.

Zudem zeigen die vielen ökumenischen und interreligiösen Veranstaltungen im Reformationsjubiläum, dass die Rückbesinnung auf diese im 21. Jahrhundert auch immer verbunden sein wird mit einem interreligiösen Brückenschlag.

Antragsende